Tagesordnung:

1. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 15.02.2022
2. Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
3. Erlass einer neuen Friedhofsgebührensatzung
4. Erlass einer neuen Friedhofssatzung
5. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2022
6. Gründung eines Unternehmens zur Erbringung von Leistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien für kommunale Körperschaften sowie für von kommunalen Körperschaften getragene rechtlich selbstständige und rechtlich unselbstständige (Tochter-)Einrichtungen
7. 9. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich "Alte Traubinger Straße Süd, Garatshausen"; Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und ggf. Feststellungsbeschluss
8. Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP)
9. Vorbereitende Untersuchung Sanierungsgebiet "Ortsmitte", Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Beteiligung der Träger öffent. Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB; Billigung des Entwurfs für die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB
10. Bekanntgaben / Sonstiges

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhalten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, Fragen an den Bürgermeister, den Gemeinderat oder die Verwaltung zu stellen.

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 1 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 15.02.2022

Beschluss:

Gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Feldafing vom 15.03.2022 werden keine Einwendungen vorgebracht.

Abst.Ergebn.: 12 **für**
 0 **gegen den Beschluss**

**TOP 2 Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher
Tagesordnungspunkte**

Bgm Sontheim gibt Bekannt, dass bei TOP 3 (Gründung eines IT-Betriebes) der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 15.02.2022 der Geheimhaltungsgrund entfallen ist.

TOP 3 Erlass einer neuen Friedhofsgebührensatzung

Sachverhalt:

Bereits seit mehreren Jahren werden wir regelmäßig von der Rechtsaufsicht angemahnt, dass die Gemeinde Feldafing über keine aktuelle Gebührenkalkulation für den Friedhof verfügt. Die letzte Kalkulation (wenn es denn jemals eine gab) fand wohl noch zu DM-Zeiten statt.

Bereits Ende 2018 hat die Gemeinde Feldafing die Kommunalberatung KUBUS beauftragt eine Gebührenkalkulation für die Gemeinde Feldafing vorzunehmen. U.a. aufgrund der Abwesenheit von Frau Betz in 2019/2020 und anderen nicht von der Verwaltung zu vertretenden Umständen in 2021 ist die Kalkulation erst im Januar 2022 abgeschlossen worden.

Zunächst noch ein paar Hinweise zu den Friedhofsgebühren im Allgemeinen. Beim Friedhof handelt es sich um eine sogenannte „kostendeckende Einrichtung“ nach dem KAG. Grundsätzlich gilt, dass Friedhofsgebühren so kalkuliert werden müssen, dass sie die Kosten des Friedhofs decken, die für die Gebührenzahler aufgewendet werden.

Mit der Erhebung einer kostendeckenden Gebühr wird daher nur derjenige belastet, der die öffentliche Leistung tatsächlich in Anspruch nimmt (im Gegensatz zu Steuern, für die der Bürger keine konkrete Gegenleistung erhält). Die Gebühren sollen die (rechtmäßig kalkulierten) Kosten also weder über- noch unterschreiten.

Der Kostendeckungsgrad mit den bisherigen Gebühren lag in 2020 bei nur ca. 35%. Die Rechtsaufsicht knüpft die Gewährung künftiger Kredite u.a. an die Erhebung kostendeckender Gebühren, weil die Gemeinde zunächst alle (auch gesetzlich vorgeschriebenen) Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen soll, wenn sie nicht über genügend eigene finanzielle Mittel verfügt um ihre Investitionen zu finanzieren.

Die Gebühren für die Benutzung der gemeindlichen Bestattungseinrichtungen lassen sich in der Regel unterscheiden nach den *Grabnutzungsgebühren* und den *Bestattungsgebühren*. Da die hoheitlichen Bestattungsleistungen schon vor langer Zeit einem Bestattungsinstitut übertragen wurden, werden die Bestattungsgebühren vom Zirngibl 1:1 mit dem Gebührenschuldner abgerechnet. Die Grabnutzungsgebühren einschl. der Gebühr für die Benutzung des Leichenhauses wurden von KUBUS anhand der bei uns angefallenen Kosten kalkuliert (Ergebnis sh. Bericht S. 39).

Herr Wegener stellt das Ergebnis der Kalkulation in einer Videoschleife dem Gemeinderat vor. Anschließend beantwortet er Fragen aus den Reihen des Gemeinderates.

Der Gemeinderat sieht die vorgestellten Gebühren wegen der sehr starken Steigerungen kritisch.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt gemäß des vorgelegten Berichts zur Kalkulation der Friedhofsgebühren für den Friedhof der Gemeinde Feldafing vom 14.01.2022 folgende

Satzung der Gemeinde Feldafing über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung ihrer Bestattungseinrichtungen sowie für damit in Zusammenhang stehende Amtshandlungen (Friedhofsgebührensatzung)

Die Gemeinde Feldafing erlässt aufgrund von Art 2 u. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04. April 1993 (GVBl S. 264, BayRs 2024-1-I) folgende Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung ihrer Bestattungseinrichtungen sowie für damit in Zusammenhang stehenden Amtshandlungen (Friedhofsgebührensatzung).

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Gebührentatbestand

Für die Inanspruchnahme gemeindlicher Dienste und Einrichtungen bei Sterbefällen und Beerdigungen erhebt die Gemeinde Feldafing Gebühren, die in dieser Gebührensatzung festgelegt sind.

§ 2 Gebührensschuldner

1. Gebührensschuldner ist,
 - a) wer zur Tragung der Bestattungskosten gesetzlich verpflichtet ist (§ 15 Satz 1 BestV; § 1968 BGB),
 - b) wer den Antrag auf Benutzung der Bestattungseinrichtungen gestellt hat,
 - c) wer den Auftrag zur Leistung erteilt hat,
 - d) wer das Nutzungsrecht an einer Grabstelle erwirbt.
2. Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.
3. Bei Verlängerung des Grabnutzungsrechtes sind die Grabgebühren vom Grabnutzungsberechtigten zu tragen.

§ 3 Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Grabgebühr (§ 4) entsteht mit der Zuteilung oder der Verlängerung des Nutzungsrechte eines Grabes, und zwar
 - a) bei erstmaliger Zuteilung des Nutzungsrecht für die Grabstätte für die Dauer der Ruhezeit,
 - b) bei der Verlängerung nach Ablauf der Nutzungszeit oder Ruhezeit für den Zeitraum der Verlängerung,
 - c) bei Bestattung einer Leiche oder Beisetzung einer Urne in einem Grab bzw. Urnennische, für das die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, für die Zeit vom Ablauf des bisherigen Nutzungsrechts bis zum Ablauf der neuen Ruhezeit. Die Berechnung erfolgt Monatsgenau und beginnt jeweils mit dem 1. Tag des folgenden Monats.
- (2) Die Bestattungsgebühren (§ 5) entstehen mit der Inanspruchnahme der gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Die Gebühr wird mit Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

Teil II

Gebühren

§ 4 Grabgebühren

- (1) Die Grabgebühren für den gemeindlichen Friedhof am Friedensweg werden wie folgt festgesetzt:

1. Alter Friedhof/ Neuer Friedhof

Die Grabgebühr beträgt pro Grabstätte für

a, eine Einzelgrabstätte	4.532,28 Euro (jährlich 151,08 €)
b, eine Doppelgrabstätte (Familiengräber)	7.769,62 Euro (jährlich 258,99 €)
c, eine Dreifachgrabstätte (Familiengräber)	12.301,90 Euro (jährlich 410,06 €)
d, eine Kindergrabstätte	612,94 Euro (jährlich 30,65 €)
e, Urnenfeld	1.010,06 Euro (jährlich 67,34 €)

2. Bergfriedhof/Waldfriedhof

Die Grabgebühr beträgt pro Grabstätte für

a, eine Einzelgrabstätte	4.817,70 Euro (jährlich 160,59 €)
b, eine Doppelgrabstätte (Familiengräber)	8.258,92 Euro (jährlich 275,30 €)
c, Grabkammern	3.048,09 Euro (jährlich 203,21 €)
d, Urnengrabstätte	1.456,80 Euro (jährlich 97,12 €)
e, Urnengrabfach	1.606,96 Euro (jährlich 107,13 €)
f, Anonyme Urnengrabstätte	697,36 Euro (jährlich 46,49 €)

- (2) Für die Bereitstellung einer neuen Grabplatte (in der Urnenwand) wird eine Gebühr von 81,00 Euro erhoben.
- (3) Die Gebühr bezieht sich auf die Nutzungsdauer eines Grabes. Als Nutzungsdauer gilt: Einzel- und Doppelgrabstätten 30 Jahre, Kindergrabstätten 20 Jahre, Urnengrabstätten/Urnengrabfächer und Grabkammern 15 Jahre.
- (4) Beträgt bei einer Beerdigung die Laufzeit des Grabes keine 30 Jahre mehr, so ist die anteilige Grabgebühr zu bezahlen, die auf die restliche Laufzeit entfällt.
- (5) Beim vorzeitigen Verzicht auf ein zustehendes Grabnutzungsrecht (nach Ablauf der Ruhefrist) kann die restliche Grabgebühr entsprechend der Nutzungsdauer an die bisherige Grabnutzungsberechtigten oder dessen Nachfolger zurückerstattet werden.
- (6) Eine Rückerstattung bereits bezahlter Gebühren bei Verzicht auf ein bestehendes Grabnutzungsrecht (vor Ablauf der Ruhefrist) erfolgt nicht.

§ 5 Bestattungsgebühren

- (1) Die Gebühr für die Benutzung des Leichenhauses beträgt pro angefangenen 24 Stunden 202,34 Euro.
- (2) Für die im Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Leistungen, die von dem von der Gemeinde Feldafing beauftragten Bestattungsunternehmen gem. § 20 Friedhofsatzung erbracht werden, werden folgende Gebühren erhoben:

Verwaltung, Kontrolle, Überwachung	48,59 €
Grab öffnen und schließen	432,00 €
Beisetzung in einer Grabkammer	432,00 €
Tiefgrabung	65,01 €
Träger zur Beerdigung, 4 Träger	166,60 €
Träger zur Beerdigung, 6 Träger	249,90 €
Reinigungs-, Desinfektions- und Pflegearbeiten	95,20 €
Friedhofs- und Leichenwärterdienste	58,31 €
Kompressorarbeiten	27,37 €
Urnenbestattung mit Feier	186,01 €
Urnenbestattung ohne Feier	111,86 €
Wasserpumpe	52,00 €

Zuschlag bei Frost/Urnenbestattung 30,94 €

§ 6 Verwaltungsgebühren

Verwaltungsgebühren werden nach der gemeindlichen Kostensatzung erhoben.

§ 7 Sonderleistungen

Für Sonderleistungen, für die in dieser Gebührensatzung keine Gebühren vorgesehen sind, kann die Gemeinde gesonderte Vereinbarung über die Erstattung der Kosten treffen.

§ 8 Inkrafttreten

Die Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Gebührensatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Feldafing vom 18.03.2009 außer Kraft.

Gemeinde Feldafing, den

Bernhard Sontheim
1. Bürgermeister

Anwesend:	12
Für den Beschluss:	4
Gegen den Beschluss:	8

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt Friedhofsgebühren mit einem Kostendeckungsgrad von 75 % gem. folgender Tabelle:

Kalkulation der Friedhofsgebühren 2022 bis 2025					
Tabelle 16 - Übersicht über die neuen und alten Gebührensätze					
Friedhofsgebühren mit 75 % Kostendeckung					
neue Gebühren ab 2022			bisherige Gebühren		
	jährliche Gebühr	Gebühr für die Nutzungsdauer		jährliche Gebühr	Gebühr für die Nutzungsdauer
Grabnutzungsgebühren					
Alter und Neuer Friedhof					
Einzelgrabstätten	113,31 €	3.399,21 €		26,67 €	800,00 €
Doppelgrabstätten	194,24 €	5.827,21 €		53,33 €	1.600,00 €
Berg- und Waldfriedhof					
Einzelgrabstätten	120,44 €	3.613,28 €		31,67 €	950,00 €
Doppelgrabstätten	206,47 €	6.194,19 €		63,33 €	1.900,00 €
weitere Grabarten					
Kindergrabstätten	22,99 €	459,70 €		10,00 €	200,00 €
Grabkammern	152,40 €	2.286,07 €		53,33 €	800,00 €
Umengrabstätten	72,84 €	1.092,60 €		16,67 €	250,00 €
Umengrabfächer	80,35 €	1.205,22 €		13,33 €	200,00 €
Urnenfeld mit Stein	50,50 €	757,55 €		- €	- €
Anonyme Urnengrabstätte	34,87 €	523,02 €		7,33 €	110,00 €
Sonstige Benutzungsgebühren					
Benutzung des Leichenhauses	101,17 €			80,00 €	

Die unter Beschluss 1 genannte Satzung wird unter Einarbeitung dieser Gebühren beschlossen.

Anwesend: 12
Für den Beschluss: 8
Gegen den Beschluss: 4

TOP 4 Erlass einer neuen Friedhofssatzung

Die Friedhofssatzung muss an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden (z.B. neue Möglichkeit der Bestattung im Urnenfeld). Zudem haben sich einige rechtliche Änderungen ergeben, die in die Satzung eingearbeitet bzw. geändert wurden. Die neue Satzung wurde im Vorfeld mit der Rechtsaufsicht abgestimmt.

GRin Schultheiß beantragt die Mitnahme von Hunden an der Leine zu gestatten und die Satzung entsprechend anzupassen

Bg. Sontheim lässt hierüber abstimmen.

Beschluss 1:

Die Mitnahme von Hunden an der Leine auf den Friedhof wird gestatten und die Satzung entsprechend angepasst.

Anwesend:	12
Für den Beschluss:	2
Gegen den Beschluss:	10

Im Entwurf den unten stehenden Satzungsentwurf sind noch folgende Änderungen einzuarbeiten:

- In § 6 der Benutzungssatzung für den gemeindlichen Friedhof Feldafing, wrd die Grabart –Baumgräber- gestrichen. Diese Bestattungsform steht derzeit noch nicht zur Verfügung.
- In § 8 Abs. 4 wird die Verlängerung des Grabnutzungsrechts (nach Ablauf der Ruhefrist) auf 5, 10 oder 15 Jahre ergänzt.
(4) Das Nutzungsrecht an Grabplätzen kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabgebühr auf 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden, wenn der Nutzungsberechtigte vor Ablauf des Rechtes die Verlängerung beantragt und der Platzbedarf des Friedhofes es zulässt.
- § 16 Abs. 4 wird ersatzlos gestrichen

Beschluss 2:

Unter Einarbeitung o.g. Änderungen erlässt der Gemeinderat folgende

**Satzung
über die Bestattungseinrichtungen der
Gemeinde Feldafing
(Friedhofssatzung)**

**Inhaltsverzeichnis der Satzung über die gemeindlichen
Bestattungseinrichtungen**

Teil I

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Gegenstand der Satzung

§ 2 Benutzung und Benutzungszwang

Teil II

Der Friedhof

§ 3 Benutzungsrecht und Verwaltung

Teil III

Die Grabstätten

- § 4 Grabarten
- § 5 Aufteilungspläne
- § 6 Aschenbeisetzung
- § 7 Größe der Gräber
- § 8 Rechte an den Grabplätzen
- § 9 Übertragung von Nutzungsrechten
- § 10 Pflege und Instandhaltung der Gräber
- § 11 Gärtnerische Gestaltung der Gräber
- § 12 Genehmigungspflicht für Grabmäler und Einfriedungen
- § 13 Größe der Grabdenkmäler und Einfassungen
- § 14 Grabmalgestaltung
- § 15 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabdenkmälern

Teil IV

Leichenhaus

- § 16 Benutzung des Leichenhauses
- § 17 Benutzungszwang

Teil V

Leichentransportmittel

- § 18 Leichentransport

Teil VI

Leichenversorgungs- und Bestattungspersonal

- § 19 Leichenversorgung
- § 20 Leichenträger
- § 21 Bestattungspersonal

Teil VII

Bestattungsvorschriften

- § 22 Allgemeines
- § 23 Beerdigung

- § 24 Ruhefrist
- § 25 Leichenausgrabung und Umbettung

Teil VIII

Ordnungsvorschriften

- § 26 Besuchszeiten
- § 27 Verhalten am Friedhof
- § 28 Arbeiten im Friedhof
- § 29 Verbote

Teil IX

Schlussbestimmungen

- § 30 Ersatzvornahme
- § 31 Haftungsausschluss
- § 32 Zuwiderhandlungen
- § 33 Inkrafttreten

Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen

Die Gemeinde Feldafing erlässt aufgrund der Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 sowie Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i. d. F. der Bekanntmachung 22.08.1998 (GVBl. S. 796, Bay Rs 2020-1-1-I) folgende Satzung über die Benutzung der von der Gemeinde verwalteten Bestattungseinrichtungen.

Teil I

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Gegenstand der Satzung

Die Gemeinde unterhält die erforderlichen öffentlichen Einrichtungen für das Bestattungswesen. Zu diesen Einrichtungen gehören der Friedhof und das Leichenhaus am Friedensweg. Neben dem Friedhof und dem Leichenhaus umfassen die Bestattungseinrichtungen im Sinne des § 7 BestG auch das erforderliche Personal.

§ 2 Benutzungsrecht und Benutzungszwang

Das Recht und die Pflicht zur Benutzung (Inanspruchnahme) der einzelnen Bestattungseinrichtungen bestimmen sich nach Maßgabe dieser Satzung.

Teil II

Der Friedhof

§ 3

Benutzungsrecht und Verwaltung

- (1) Der in § 1 genannte Friedhof und das Leichenhaus dienen als öffentliche Einrichtung, der würdigen Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Feldafing waren oder Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen.
- (2) Die Bestattung ist auch für im Gemeindegebiet Verstorbene oder tot aufgefundene Personen zulässig, wenn eine ordnungsgemäße Beisetzung nicht anderweitig sichergestellt ist. Sowie derjenigen Personen, denen ein Grabnutzungsrecht im gemeindlichen Friedhof zusteht.
- (3) Die Bestattung anderer als der im Abs. 1 und 2 genannten Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung durch die Gemeinde, auf die kein Rechtsanspruch besteht.
- (4) Für Tot- und Fehlgeburten gilt Art. 6 des Bestattungsgesetzes.
- (5) Der Friedhof wird von der Gemeinde (Friedhofsverwaltung) verwaltet und beaufsichtigt. Belegungspläne, Register oder Karteien werden von der Gemeindeverwaltung so geführt, dass jederzeit festgestellt werden kann, wann und mit wem jedes Grab belegt wurde.
- (6) Die Gemeinde weist dem Bestattungspflichtigen nach pflichtgemäßem Ermessen eine Grabstätte für die Dauer der Ruhezeit zu.

Teil III

Grabstätten

§ 4

Grabarten

- 1) Gräber im Sinne dieser Satzung sind
 - a) Kindergrabstätten
 - b) Einzelgrabstätten
 - c) Doppelgrabstätten
 - d) Dreifachgrabstätten
 - e) Grabkammern
 - f) Urnengrabstätten
 - g) Urnengrabfächer
 - h) Urnenfeld
 - i) Anonyme Urnenräber
- 1a)
 - Grabstätten sind ein- oder mehrfach belegbar.
 - Je Grabstätte, die zur Erdbeisetzung von Särgen bestimmt ist, können weitere Säрге und Urnen beigesetzt werden.
 - In Einzelgrabstätten können zwei Säрге und bis zur 4 Urnen beigesetzt werden, bei Doppelgrabstätten 4 Säрге und bis zu 6 Urnen. Bei Dreifachgrabstätten erhöht sich die Anzahl entsprechend. In Kindergrabstätten können 2 Säрге und 2 Urnen beigesetzt werden.
 - In Grabkammern können zwei Säрге und vier Urnen beigesetzt werden.
 - Bei Urnengrabstätten können bis zu vier Urnen aus verrottbarem Material (Bio-Urnen) beigesetzt werden.
 - Bei Urnengrabfächern in den Urnenwänden finden zwei Schmuckurnen Platz. Die Urnen, die über der Erde beigesetzt werden, müssen dauerhaft und wasserdicht sein.
 - Bei dem Urnenfeld können je Grabplatz eine Bio-Urne beigesetzt werden.

**§ 5
Aufteilungspläne**

Die Anlage der Grabplätze richtet sich nach dem Friedhofsplan (Belegungsplan) der Gemeinde.

**§ 6
Aschenbeisetzung
(Urnengrab/Urnengrabfach/Urnenfeld/Anonymes Urnengrab/Baumgräber)**

- (1) Die Urnenbeisetzung ist der Gemeinde (Friedhofsverwaltung) vorher rechtzeitig anzumelden. Bei der Anmeldung sind die standesamtliche Urkunde und die Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (2) Aschenreste und Urnen müssen entsprechend den Vorschriften des § 17 und § 27 Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes (Bestattungsverordnung BestV) vom 01. März 2000 (GVBl S. 92 ber. S. 990 BayRs 2127-1-1-G in der jeweilig gültigen Fassung) gekennzeichnet sein.
- (3) Urnen können in Urnengrabstätten, Urnengrabfächern, Urnenfeldern oder in anonymen Urnengräber beigesetzt werden.
- (4) Ebenso dürfen Urnen in bereits vorhandenen Erdgrabstätten/Grabkammern beigesetzt werden.
- (5) In einer Grabstätte dürfen die Aschenreste mehrerer Verstorbener einer Familie (vgl. § 8 Abs. 6 der Satzung) beigesetzt werden.
- (6) Für das Nutzungsrecht an Urnengrabstätten, Urnenfächern und Urnenfeldern gilt § 8 entsprechend.
- (7) Urnenfelder werden durch die Gemeinde Feldafing angepflanzt und gepflegt.
- (8) Wird das abgelaufene Nutzungsrecht nicht mehr verlängert, ist die Gemeinde berechtigt, an der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofes (anonyme Urnengrab) die Aschenreste in würdiger Weise der Erde zu übergeben und die Aschbehälter zu entsorgen.
- (9) Anonyme Urnengräber sind Grabstätten für die Beisetzung von Urnen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit der Beizusetzenden abgegeben werden.
- (10) In jedem anonymen Urnengrab wird nur eine Urne beigesetzt, die Urne muss aus verrottbarem Material (Bio-Urnen) bestehen.
- (11) Die Abräumung von anonymen Urnengräbern nach Ablauf der Ruhezeit wird durch die Gemeinde Feldafing durchgeführt.
- (12) Die Graboberfläche des anonymen Urnengrabes wird durch die Gemeinde Feldafing mit Rasen eingepflanzt. Grabsteine oder sonstige Ausstattungen dürfen auf dem anonymen Urnengrab nicht angebracht werden.

**§ 7
Größe der Gräber**

Für die Einteilung der Grabstätten ist der Belegungsplan (Gräberplan) maßgebend.

Die Gräber werden nach den jeweils erforderlichen Ausmaßen im Mischsystem ausgehoben.

Die einzelnen Grabstellen haben folgende Ausmaße, Abstände und Tiefen:

a) Alter und neuer Friedhof

Länge	Breite d.	Abstand	Tiefe	Tiefe
-------	-----------	---------	-------	-------

	einschl. Grabstein	Grab- stätte	zum nächsten Grab	bei Einzel- belegung	bei Doppel- belegung
	m	m	m	m	m
1. Kinder- grab- stätten	1,40	0,60	0,40	1,30	1,60
2. Einzel- grab- stätten	2,50	0,80	0,40	2,30	2,60
3. Doppel- grab- stätten	2,50	1,60	0,40	2,30	2,60
4. Dreifach- grab- stätten	2,50	2,40	0,40	2,30	2,60
4. Urnen- grab- stätten	1,00	1,00	0,40	0,70	1,00

b) Bergfriedhof

Einzel- grab- stätten	2,50	0,80	0,40	2,30	2,60
Doppel- grab- stätten	2,50	1,60	0,40	2,30	2,60
Urnen- grab- stätten	1,00	1,00	0,60	0,70	1,00
Urnen- grab- fächer	-Maße wie vorgegeben-				
Anonyme Urnen- grabstätte	0,30	0,30			
Urnenfeld	0,30	0,30			

c) Waldfriedhof

Länge einschl. Grabstein	Breite d. Grab- stätte	Abstand zum nächsten Grab	Tiefe bei Einzel- belegung	Tiefe bei Doppel- belegung
--------------------------------	------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

Einzel- grab- stätten	2,50	0,80	0,40	2,30	2,60
Doppel- grab- stätten	2,50	1,80	0,40	2,30	2,60
Grab- kammern	2,36 1,60	0,80 1,00	0,40	wie vorgegeben	
Urnen- grab- stätten	1,00	1,00	0,60	0,70	1,00
Urnen- grab- fächer	-Maße wie vorgegeben-				

§ 8 Rechte an Grabplätzen

- (1) Sämtliche Grabplätze bleiben Eigentum der Gemeinde, an ihnen bestehen nur Rechte nach den Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) An einem Grabplatz kann ein Nutzungsrecht erworben werden. Das Nutzungsrecht wird auf die Dauer der Ruhefrist verliehen.
- (3) Das Nutzungsrecht an den Grabplätzen wird an einzelne natürliche Personen nach Entrichtung der Grabgebühr (s. Gebührensatzung) verliehen, worüber dem Nutzungsberechtigten eine Urkunde ausgestellt wird.
- (4) Das Nutzungsrecht an Grabplätzen kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabgebühr verlängert werden, wenn der Nutzungsberechtigte vor Ablauf des Rechtes die Verlängerung beantragt und der Platzbedarf des Friedhofes es zulässt.
- (5) Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes kann die Gemeinde (Friedhofsverwaltung) über die Grabplätze anderweitig verfügen. Hiervon werden die Erwerber, die Erben oder die Pfleger des Grabes rechtzeitig von der Gemeinde benachrichtigt.
- (6) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der ausgewählten Grabstätte bestattet zu werden und Mitglieder seiner Familie (Ehegatten, Lebenspartner, Kinder, Adoptivkinder, Stiefkinder, Eltern, Enkel, Geschwister, Stiefgeschwister) darin bestatten zu lassen. Die Gemeinde kann Ausnahmen bewilligen.
- (7) In den Fällen, in denen die Ruhefrist der zu bestattenden Leichen oder Urnen über die Zeit hinausreicht, für die das Recht an einem Grabplatz besteht, ist das Nutzungsrecht im Voraus für die Dauer der vorgeschriebenen Ruhefristen zu erwerben.
- (8) Nach Ablauf der Ruhefrist kann, abgesehen von den Fällen in § 9, auf ein darüber hinaus verliehenes Nutzungsrecht mit Einwilligung der Gemeinde verzichtet werden. Die Rückerstattung von Grabnutzungsgebühren regelt die Gebührensatzung zur Friedhofssatzung.
- (9) Es besteht kein Anspruch auf Reservierung, Verleihung, Verlängerung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer Lage nach der bestimmten Grabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (10) Ein vorab Verkauf von Nutzungsrechten ist ebenfalls nicht möglich.

§ 9 Übertragung von Nutzungsrechten

- (1) Zu Lebzeiten des Nutzungsberechtigten kann die Umschreibung eines Grabnutzungsrechts der Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartner oder ein Familienmitglied (vgl. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV.) beanspruchen, wenn der Nutzungsberechtigte zugunsten dieses Angehörigen schriftlich auf das Grabnutzungsrecht verzichtet hat.
- (2) Nach dem Tode des Nutzungsberechtigten kann derjenige die Umschreibung eines laufenden Grabnutzungsrechtes auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Nutzungsberechtigten in einer letztwilligen, rechtsgültigen Verfügung zugewendet wurde. Bei einer Verfügung zu Gunsten mehrerer Personen hat die erstgenannte Person Vorrang. Stirbt der Nutzungsberechtigte ohne eine Verfügung hinterlassen zu haben, so kann das Nutzungsrecht auf Antrag auf die in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten bestattungspflichtigen Personen übertragen werden. Innerhalb der Reihenfolge des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV hat bei gleichrangigen Personen die ältere Person Vorrecht vor der jüngeren. Haben Vorberechtigte innerhalb von sechs Monaten keinen Antrag auf Übertragung des Nutzungsrechts gestellt, so wird das Nutzungsrecht auf Antrag einer nachberechtigten Person verliehen. Stimmen alle Vorberechtigten zu, so kann das Nutzungsrecht auch in begründeten Einzelfällen auf einen dem Verstorbenen nahestehenden Dritten (z.B. Lebensgefährte oder Stiefkind) übertragen werden.
- (3) Über die Umschreibung erhält der neue Grabnutzungsrechtigte eine Urkunde (Graburkunde).
- (4) Der Anspruch auf Übertragung des Nutzungsrechtes erlischt, wenn alle Berechtigten die Übernahme ablehnen oder es kein Berechtigter innerhalb eines Jahres seit Beisetzung des verstorbenen Nutzungsberechtigten übernimmt. In diesem Fall kann die Grabstätte während der Ruhefrist zur Betreuung an Personen überlassen werden, die zu dem Bestatten eine persönliche Verbindung hatten.
- (5) Bei Grabstätten, an denen nach einer Bestattung niemand das Grabnutzungsrecht nach Abs. 2 oder das Bestattungsrecht nach Abs. 4 Satz 2 übernimmt, sorgt die Friedhofsverwaltung auf Kosten eines Verpflichteten (Erbe bzw. Bestattungspflichtiger gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV) für die Erstanlage der Grabstätte. Gegen vollständigen Kostenersatz können Grabnutzungsrecht und Grabmal erworben werden.

§ 10

Pflege und Instandhaltung der Gräber

- (1) Jeder Grabplatz ist spätestens drei Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustand zu erhalten.
- (2) Bei allen Grabstätten sind der Nutzungsberechtigte oder die in § 9 genannten Personen zur ordnungsgemäßen Pflege und Instandhaltung des Grabes verpflichtet.
- (3) Der Grabnutzungsrechtigte ist verpflichtet, die Grabstätte in einem dem Friedhofszweck entsprechenden Zustand zu versetzen und zu pflegen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, kann ihn der Friedhofsträger unter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des Nutzungsberechtigten getroffen werden (Ersatzvornahme § 29). Die Verpflichtung zur Pflege und Instandhaltung erlischt erst mit dem Ablauf des Nutzungsrechts.
- (4) Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten nicht bekannt ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf dieser Frist ist die Gemeinde berechtigt die Grabstätte in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- (5) Die Graboberfläche an anonymen Urnengrabstätten wird durch die Gemeinde Feldafing mit Rasen eingepflanzt. Grabsteine oder sonstige Ausstattungen dürfen auf den anonymen Urnengrabstätten nicht angebracht werden.

§ 11

Gärtnerische Gestaltung der Gräber

- (1) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber und Anpflanzungen nicht beeinträchtigen.
- (2) Anpflanzungen aller Art neben den Gräbern werden ausschließlich von der Gemeinde ausgeführt. In besonderen Fällen können Ausnahmen von der Gemeinde zugelassen werden, wenn benachbarte Gräber nicht beeinträchtigt werden.
- (3) Das Anpflanzen hochgewachsener Gehölze (Zwergsträucher, strauch- oder baumartige Pflanzen, Bäume) auf den Gräbern bedarf der Genehmigung der Gemeinde.
- (4) Verwelkte Blume und verdorrte Kränze sind von den Gräbern und den Urnengrabfächern zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (5) Auf den Baumgräbern und den Urnenfeldern ist das Aufstellen von Vasen, Blumen Kerzenhalterungen und Andenken nicht gestattet. Die Namenstafeln der Verstorbenen werden an einem Gedenkstein angebracht und sind von den Grabrechtsinhabern zu erwerben.

§ 12

Genehmigungspflicht für Grabmäler und Einfriedungen

- (1) Die Errichtung von Grabmälern, Einfriedungen, Einfassungen, Inschriften und sonstige bauliche Anlagen oder deren Änderung bedarf – unbeschadet sonstiger Vorschriften- der Genehmigung durch die Gemeinde. Die Gemeinde ist berechtigt, soweit das zur Wahrung der Rechte anderer notwendig ist und der Friedhofszweck es erfordert, Anordnungen zu treffen, die sich auf Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen beziehen.
- (2) Die Genehmigung zur Errichtung eines Grabmals ist rechtzeitig vorher bei der Gemeinde (Friedhofsverwaltung) zu beantragen, wobei die Maße des § 13 zugrunde zu legen sind.
- (3) Die Genehmigung kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den Vorschriften des § 14 dieser Satzung entspricht.
- (4) Ohne Genehmigung aufgestellte Grabmäler können auf Kosten des Nutzungsberechtigten von der Gemeinde entfernt werden, wenn sie den sicherheitsrechtlichen Anforderungen nicht genügen oder den gestalterischen Merkmalen widersprechen (Ersatzvornahme § 29).

§ 12 a

Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein dürfen nur aufgestellt werden, wenn sie ohne schlimmste Formen von Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (BGBl. 2001 II S. 1290, 1291) hergestellt worden sind und hierfür ein Nachweis gemäß Art. 9a Abs. 2 BestG in der jeweils geltenden Fassung vorgelegt wird. Die Herstellung im Sinne dieser Vorschrift umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt. Eines Nachweises gemäß Satz 1 bedarf es nicht, wenn der Letztveräußerer glaubhaft macht, dass die Grabsteine oder Grabeinfassungen aus Naturstein oder deren Rohmaterial vor dem 1. September 2016 in das Bundesgebiet eingeführt wurden.

§ 13

Größe der Grabmäler und Einfassungen

- (1) Die Grabmäler für Erdgrabstätten dürfen die Breite des Grabes sowie die Höhe von 1,70 m nicht überschreiten.
- (2) Auf Urnengrabstätten sind die Grabmäler bis 1,00 m Höhe zulässig und haben sich nach den Außenmaßen der Grabstelle zu richten.
- (3) Eine Überschreitung ist zulässig, sofern sie mit den Bestimmungen des § 15 dieser Satzung und dem Friedhofszweck vereinbar ist.

§ 14 Grabmalgestaltung

Grabmale müssen dem Friedhofszweck entsprechen; sie müssen so gestaltet sein, dass die Würde des Friedhofs als Ruhestätte der Verstorbenen gewahrt ist.

§ 15 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmälern

- (1) Jedes Grabmal muss seiner Größe entsprechend dauerhaft gegründet werden.
- (2) Die Grabmäler sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks in Anlehnung an die Richtlinien des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbauhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils geltenden Fassung zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft Standsicher sind und auch beim Öffnen von benachbarten Gräbern nicht umstürzen oder sich senken können
- (3) Der Grabnutzungsberechtigte hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die insbesondere durch Umfallen des Grabmales oder Abstürzen von Teilen desselben verursacht werden. Grabmäler, die sich nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden, können nach vorangegangene Aufforderung auf Kosten des Nutzungsberechtigten entfernt oder umgelegt werden, wenn er sich weigert die Wiederherstellung vorzunehmen oder innerhalb der gesetzten Frist durchzuführen (§ 29 Ersatzvornahme).
- (4) Einmal jährlich unterzieht die Gemeinde die Standsicherheit der Grabmale einer Prüfung durch einen Sachverständigen.
- (5) Der Nutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag handelnden Personen haften für jede durch die Errichtung von Grabzeichen und Einfassungen entstehenden Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlagen.
- (6) Grabmäler Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen (§ 12 und § 13) dürfen vor Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nur mit Zustimmung der Gemeinde entfernt werden.
- (7) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmäler oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofes aus früheren Zeiten gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Gemeinde. Die Entfernung oder Änderung solcher Grabmäler bedarf der Erlaubnis der Gemeinde.
- (8) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmäler bei einer entsprechenden Aufforderung der Gemeinde innerhalb von 3 Monaten zu entfernen. Die Grabstätten sind einzuebnen.
- (9) Ist der Nutzungsberechtigte oder deren Angehörige nicht mehr auffindig zu machen, kann das Grab durch die Friedhofsverwaltung abgeräumt und eingeebnet werden.
- (10) Blumenschmuck, Vasen, Kerzenhaltern und Andenken unter den Urnengrabfächern ist verboten und wird Kostenpflichtig durch die Friedhofsverwaltung entsorgt.

Teil IV

Leichenhaus

§ 16 Benutzung des Leichenhauses

- (1) Das Leichenhaus dient der Aufbewahrung der Leichen, bis sie bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Leichen bis zur Beisetzung im Friedhof.
- (2) Die Toten werden in der Leichenhalle aufbewahrt. Besucher und Angehörige haben keinen Zutritt zu dem Aufbewahrungsraum. Leichen von Personen, die bei Eintritt des Todes an einer

übertragbaren Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes erkrankt waren, werden in einem gesonderten Raum untergebracht.

- (3) Für die Beschaffung von Särgen, Sargausstattungen und für die Bekleidung von Leichen gelten die Vorschriften des § 30 der Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes (Bestattungsverordnung BestV) in der jeweils gültigen Fassung.
- (4) Die Toten werden im Leichenhaus aufgebahrt. Die Bestattungspflichtigen (§ 15 BestV) entscheiden, ob die Aufbewahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei entsprechender Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes.

§ 17 Benutzungszwang

- (1) Jede Leiche der im Gemeindegebiet – oder in den angrenzenden gemeindefreien Gebieten – Verstorbenen ist nach Vornahme der Leichenschau, spätestens 24 Stunden vor der Beisetzung in ein gemeindliches Leichenhaus zu verbringen.
- (2) Die von einem Ort außerhalb des Gemeindegebietes überführten Leichen sind spätestens 24 Stunden vor der Beisetzung in das Leichenhaus zu verbringen, falls die Bestattung nicht nach der Ankunft stattfindet.
- (3) Dies gilt nicht wenn,
 - a) der Tod in einer Anstalt (Krankenhaus, Klinik, Alten- bzw. Pflegeheim u.a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist,
 - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und innerhalb einer Frist von 24 Stunden überführt wird.
 - c) die Leiche in einem privaten Krematorium verbrannt werden soll und sichergestellt ist, dass die Voraussetzungen des § 17 BestV vom Träger der Bestattungsanlage geprüft wurde.

Teil V

Leichentransportmittel

§ 18 Leichentransport

Die Beförderung der Leichen der im Gemeindegebiet Verstorbenen hat durch ein geeignetes Bestattungsunternehmen zu erfolgen.

Teil VI

Leichenversorgung- und Bestattungsmaterial

§ 19 Leichenversorgung

Das Reinigen, Ankleiden und Einsargen der Leichen hat durch ein geeignetes Bestattungsunternehmen zu erfolgen.

§ 20 Friedhofs- und Bestattungspersonal

- (1) Die im Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Verrichtungen auf dem gemeindlichen Friedhof Feldafing, insbesondere
- das Herrichten (Ausheben und Verfüllen) des Grabes
 - das Versenken des Sarges und die Beisetzung von Urnen
 - die Leichenbeförderung innerhalb des Friedhof, also die Überführung des Sarges von der Halle zum Grab einschließlich der Stellung der Sargträger
 - Ausgrabung und Umbettung (Exhumierung von Leichen und Gebeinen sowie Urnen) einschließlich notwendiger Umsargungen.
 - Ausschmücken des Aufbahrungsraums und der Aussegnungshalle (Grundausrüstung mit Trauerschmuck).

obliegt dem von der Gemeinde Feldafing beauftragten Bestattungsunternehmen.

(2) Auf Antrag kann die Gemeinde Feldafing von der Inanspruchnahme des Trägerpersonals befreien.

Teil VII

Bestattungsvorschriften

§ 21 Allgemeines

Bestattung im Sinne dieser Satzung ist die Erdbestattung von Leichen oder Leichenteilen, sowie die Beisetzung von Aschenurnen unter der Erde bzw. in Urnenfächern und Grabkammern. Die Bestattung ist durchgeführt, wenn das Grab verfüllt oder das Urnenfach/die Grabkammer geschlossen ist.

§ 22 Beerdigung/Anzeigespflicht

- (1) Bestattungen auf dem gemeindlichen Friedhof sind unverzüglich nach Eintritt des Todes der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- (2) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Hinterbliebenen, dem Bestattungsunternehmen und ggf. mit dem zuständigen Pfarramt fest.

§ 23 Ruhefrist

Die Ruhefrist für Kindergräber wird auf 20 Jahre, für alle anderen Gräber auf 30 Jahre festgesetzt. Die Ruhefrist für Urnengrabstätten, Urnenfelder, Urnengrabfächer und Grabkammern beträgt 15 Jahre. Die Ruhefrist beginnt mit dem Tag der Bestattung.

§ 24 Leichenausgrabungen und Umbettungen

- (1) Die Exhumierung und Umbettung von Leichen bedarf unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften der vorherigen Erlaubnis der Gemeinde.
- (2) Soweit Ausgrabungen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, sollen sie nur in den Monaten Oktober bis März und zwar außerhalb der Besuchszeiten erfolgen.
- (3) Zur Ausgrabung bedarf es eines Antrages des Grabnutzungsberechtigten.

- (4) Angehörige und Zuschauer dürfen der Ausgrabung bzw. Umbettung nicht beiwohnen.
- (5) Im Übrigen gilt § 21 BestV.

Teil VIII

Ordnungsvorschriften

§ 25 Öffnungszeiten

Der Friedhof ist zu folgenden Zeiten für den Besucherverkehr geöffnet:

In den Monaten Januar, Februar, November und Dezember	von 8.00 Uhr-17.00 Uhr
In den Monaten März und Oktober	von 7.00 Uhr-18.00 Uhr
In den Monaten April und September	von 7.00 Uhr-19.00 Uhr
In den Monaten Mai, Juni, Juli und August	von 7.00 Uhr-20.00 Uhr

Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten des Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 26 Verhalten im Friedhof

- (1) Jeder Besucher hat sich auf dem Friedhof ruhig und der Würde des Ortes und der Achtung der Persönlichkeitsrechte der Angehörigen und Besucher entsprechend zu verhalten.
- (2) Kinder unter 10 Jahren ist das Betreten des Friedhofes nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- (3) Der Anordnung des Friedhofspersonals haben die Besucher Folge zu leisten (Verbote siehe § 28 dieser Satzung).

§ 27 Arbeiten im Friedhof

- (1) Arbeiten im Friedhof, die gewerbemäßig vorgenommen werden, bedürfen der Genehmigung der Gemeinde. Diese kann versagt werden oder wieder entzogen werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung nicht gewährleistet ist oder wenn trotz Abmahnung gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Gemeinde verstoßen wird.
- (2) An Sonn- und Feiertagen dürfen gewerbliche oder ruhestörende Arbeiten im Friedhof nicht vorgenommen werden. Arbeiten zur Durchführung von Bestattungen sind davon ausgenommen.
- (3) Während der Bestattungszeiten ist die Vornahme gewerblicher oder störender Arbeiten in der Nähe des Bestattungsortes untersagt.
- (4) Den zur Vornahme gewerblicher Arbeiten Berechtigten ist –soweit erforderlich- die Benutzung des Friedhofsweges mit geeigneten Fahrzeugen gestattet. Wege und sonstige Anlagen dürfen dabei nicht über das übliche Maß hinaus beansprucht werden.
- (5) Die Arbeitsplätze sind nach Beendigung der Arbeiten wieder in ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- (6) Wer unberechtigt gewerbliche Arbeiten ausführt, kann vom Friedhofspersonal aus dem Friedhof verwiesen werden.

§ 28 Verbote

Im Friedhof ist verboten:

1. Tiere, insbesondere Hunde (Ausnahme: Blindenhunde) mitzunehmen,
2. zu rauchen und zu lärmern,
3. die Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere Fahrrädern, zu befahren. Gewerbliche Arbeiten im Sinne des § 27 sowie Kinderwagen, Rollstühle und gemeindliche Fahrzeuge sind hiervon ausgenommen,
4. Waren aller Art feilzuhalten bzw. gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten,
5. Druckschriften zu verteilen,
6. Abfälle an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen Plätzen,
7. Grabhügel oder Grabeinfassungen und Grünanlagen zu betreten,
8. unpassende Gefäße (z.B. Konservendosen u.ä. Gegenstände) auf Gräbern ohne Erlaubnis aufzustellen oder solche Gefäße und Gießkannen zwischen den Gräbern aufzubewahren,
9. fremde Grabplätze ohne Erlaubnis der Gemeinde und ohne Zustimmung des Grabnutzungsberechtigten zu fotografieren.

Teil IX

Schlussbestimmungen

§ 29

Ersatzvornahme

Werden die in dieser Satzung festgelegten Handlungspflichten nicht rechtzeitig erfüllt, kann die Gemeinde die Handlung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen oder vornehmen lassen. Die Ersatzvornahme ist vorher schriftlich anzudrohen. Dabei ist eine angemessene Frist zu setzen.

Einer vorherigen Androhung und einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Pflichtige nicht erreichbar ist und die Ersatzvornahme zur Abwehr einer drohenden Gefahr notwendig ist.

§ 30

Haftungsausschluss

Die Gemeinde übernimmt für die Beschädigungen, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhofsanlagen entstehen und für Schäden, die durch Beauftragte dritter Personen verursacht werden, keine Haftung.

§ 31

Zu widerhandlungen

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO i. V. mit § 17 OwiG kann mit Geldbuße von mindestens 5,- Euro und höchstens 1000,- Euro belegt werden wer:

1. den Vorschriften über den Benutzungszwang zu widerhandelt,
2. der Anzeigepflicht nicht nachkommt oder die erforderliche Genehmigung der Gemeinde nicht einholt,
3. die Pflege und Instandhaltung und die gärtnerische Gestaltung der Gräber nicht ordnungsgemäß vornimmt,
4. sich entgegen den Bestimmungen dieser Satzung nicht ruhig und der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die festgelegten Verbote missachtet.

§ 32

Inkrafttreten

Die Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Feldafing vom 17.07.2012 außer Kraft.

Gemeinde Feldafing, den

Bernhard Sontheim
1. Bürgermeister

Anwesend: 12
Für den Beschluss: 12
Gegen den Beschluss: 0

TOP 5 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2022

Die Verwaltung stellte den Mitgliedern des Gemeinderats den Entwurf zum Haushaltsplan 2021 am 28.01.2022 elektronisch auf der Startseite im Ratsinformationssystem in der Rubrik „Allgemein“ zur Einsicht bereit. Der Haushalt wurde im Haupt- und Finanzausschuss am 08.02.22 vorberaten. Dazu zählen auch die gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen wie Stellen- und Finanzplan. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen wurde zusätzlich die Option einer Kreditaufnahme eingearbeitet..

Die Kämmerin stellt den Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 in der Sitzung vor und beantwortet Fragen aus den Reihen des Gemeinderates..

Beschluss 1:

Stellenplan

Der Stellenplan 2022 weist ohne Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten mit 26,39 Stellen (Vj. 26,33 Stellen) eine Stellenmehrung von 0,06 Stellen aus.

Der Gemeinderat beschließt den in der Anlage beigefügten Stellenplan für das Jahr 2022.

Anwesend: 12
Für den Beschluss: 12
Gegen den Beschluss: 0

Beschluss 2:**Ergebnis- und Finanzplan 2021 bis 2025**

Der Gemeinderat beschließt den in der Anlage beigefügten Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2025

Anwesend:	12
Für den Beschluss:	11
Gegen den Beschluss:	1

Beschluss 3:**Haushaltssatzung**

Der Gemeinderat beschließt folgende

Haushaltssatzung

der Gemeinde Feldafing (Landkreis Starnberg) für das

Haushaltsjahr 2022

Aufgrund des Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Feldafing folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt. Er schließt

1. im Ergebnishaushalt mit

dem Gesamtbetrag der Erträge von	10.168.728 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von	<u>11.681.344 €</u>
und dem Saldo (Jahresergebnis) von	-1.512.616 €

2. im Finanzhaushalt

- a) aus **laufender Verwaltungstätigkeit** mit
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	10.028.465 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	<u>10.982.037 €</u>
und einem Saldo von	-953.572 €
- b) aus **Investitionstätigkeit** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	540.825 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	<u>7.383.250 €</u>
und einem Saldo von	-6.842.425 €
c) aus Finanzierungstätigkeit mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	5.000.000 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	<u>93.550 €</u>
und einem Saldo von	4.906.450 €
d) und dem Saldo des Finanzhaushalts von	-2.889.547 €

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden auf 5.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren werden auf 4.271.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 900.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2022 in Kraft.

Nachrichtlich:

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern wurden in der Hebesatzsatzung der Gemeinde Feldafing ab dem Jahr 2022 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe(A)	320 von Hundert
b) für die Grundstücke (B)	340 von Hundert
2. Gewerbesteuer	290 von Hundert

Anwesend:	12
Für den Beschluss:	11
Gegen den Beschluss:	1

TOP 6 Gründung eines Unternehmens zur Erbringung von Leistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien für kommunale Körperschaften sowie für von kommunalen Körperschaften getragene rechtlich selbstständige und rechtlich unselbstständige (Tochter-)Einrichtungen

Der Gemeinderat Feldafing hat sich bereits in seiner Sitzung am 15.02.2022 mit der Angelegenheit befasst und die Gründung eines entsprechenden Unternehmens positiv beurteilt.

Die Verwaltung erläutern nochmal kurz die Notwendigkeiten, welche zur Angedachten Gründung des Unternehmens geführt haben.

1. Ausgangssituation:

Die Arbeitswelt befindet sich, angetrieben durch die digitale Transformation sowie die Globalisierung, im Wandel. Auch Kommunen müssen sich für diesen Wandel rüsten, damit sie mit den Entwicklungen Schritt halten und eine Bürgerorientierung weiterhin ermöglichen können. Um den Herausforderungen der sich verändernden Arbeitswelt zu begegnen, braucht es eine neue Form von Arbeit.

Die Gemeinden Andechs, Berg, Feldafing, Pöcking und Tutzing sowie die Stadt Starnberg und das gemeinsame Kommunalunternehmen zur Trinkwasserversorgung der Gemeinden Feldafing und Pöcking stehen vor der Problematik, dass sie entweder keine eigene EDV-Abteilung haben und ausschließlich auf externe Dienstleister angewiesen sind bzw. nicht ausreichende qualifizierte Personalkapazitäten haben, um die bestehenden Herausforderungen bearbeiten zu können.

So sind die EDV-Abteilungen der einzelnen Gemeinden bzw. der Stadt Starnberg zu klein, um die erforderliche Spezialisierung u. a. für die Bereiche:

- Cloud- und Rechenzentrumslösungen
- Datenbanksysteme
- Datennetzwerktechnik
- Datenrettung
- Digitallotse
- Einkauf
- Informationssicherheit
- IT-Netzwerkstruktur, Virtualisierung und Verfügbarkeit
- IT-Service Management

- Mobile Device Management
 - Revisionsicherheit, Archivierung
 - Telekommunikation
- abbilden zu können.

In der Folge sind die Verwaltungen teilweise nicht zeitgemäß ausgestattet, halten parallele IT-Strukturen vor oder halten rechtliche Vorgaben nicht oder nur unzureichend ein.

2. Lösungsvorschlag:

Die Auslagerung des IT-Betriebes aus den Gemeinden und der Stadt Starnberg sowie des gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Trinkwasserversorgung der Gemeinden Feldafing und Pöcking an einen externen kommunalen IT-Dienstleister.

3. Mögliche Aufgaben:

1. Stellung des zentralen IT-Verantwortlichen
2. Entwicklung, Realisierung und Fortschreibung der IT-Gesamtstrategie auf Basis eines technischen und organisatorischen Leitbildes
3. Regelmäßige Erstellung von Strategie- und Umsetzungsvorschlägen und generelle IT-Strategie-Beratung
4. Abschluss von Kooperationsvereinbarungen
5. Systembetreuung und –bedienung der zentral vorgehaltenen IT- Einrichtungen (inkl. deren Betrieb, deren Verfügbarkeit und Updates)
6. IT-technische Systembetreuung der dezentral vorgehaltenen IT-Einrichtungen (zentraler Benutzerservice), soweit nicht den IT-Ansprechpartnern/IT-Verfahrensverantwortlichen der einzelnen Organisationseinheiten übertragen (siehe nachfolgender Hinweis)
7. Schulung der Mitarbeiter im Bereich der Anwendung von Hard- und Software
8. Beschaffung der IT- Einrichtungen (inkl. der Regelung der Lizenzierung für die im Einsatz befindliche Software) sowie die Vergabe von Aufträgen und den Abschluss von Verträgen im Zusammenhang mit der IT (z.B. Wartungsaufträge, Programmieraufträge)
9. Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit des IT-Betriebs (z.B. der revisionsfähigen Einrichtung und Pflege der Zugangsberechtigungen für die Benutzer zentraler Verfahren oder die technische Freigabe von zum Einsatz vorgesehener Software)
10. Steuerung des wirtschaftlichen IT-Betriebs in der Gesamtverwaltung (z.B. durch Erarbeitung von Standards und Regelungen für den IT-Einsatz)
11. (Sichere) Anbindung an externe Netze (z.B. kommunale Behördennetze)
12. (Sicherer) Betrieb der internen Netzwerke
13. Regelung der erforderlichen Arbeitsabläufe der IT-Einrichtungen
14. Erarbeitung und Fortschreibung von Dienstanweisungen für den IT-Einsatz
15. Regelung der Datenhaltung und Datensicherung
16. Erstellung und Umsetzung des IT-Sicherheitskonzepts
17. Wartung und Pflege der IT-Einrichtungen
18. Einrichtung und den Betrieb von zentralen Infrastrukturkomponenten bzw. Verfahren wie z.B. Dokumenten-Managementsysteme (DMS)
19. Planung, Einführung, Weiterentwicklung der Telekommunikationstechnik für die gesamte Verwaltung
20. Verwaltung und Betrieb der Fernsprechanlagen
21. Beschaffung der IT-Ausstattung einschl. der Telefonanlagen
22. Service für die Diensträume und die Verwaltungsgebäude
23. Verwaltung und Betrieb sämtlicher Kopiergeräte der Verwaltung
24. Uvm...

4. Projektorganisation:

I. Projektteam

Es ist ein Projektteam zu gründen, das aus Vertretern der IT-Abteilungen und den Geschäftsleitern besteht und bei Bedarf je nach Aufgabenstellung um technische oder juristische Spezialisten ergänzt wird.

II. Projektgliederung

	Projektschritt
1.	Vorbereitung
1.1	Beteiligung der jeweiligen politischen Gremien zur Gründung eines Unternehmens zur Bearbeitung der Zentralen IT
1.2	Bestandsaufnahme über die bestehende IT (Infrastruktur) in den jeweiligen Gemeinden und der Stadt Sarnberg
1.3	Bestandsaufnahme über die bestehenden Personalkapazitäten in den jeweiligen Gemeinden und der Stadt Sarnberg
1.4.	Konzepterstellung für die Zentralisierung des IT-Betriebes für die Gemeinden und die Stadt Sarnberg

5. Kosten für vorbereitende Maßnahmen

Die anfallenden Kosten für die notwendige juristische Begleitung werden zu gleichen Anteilen von den teilnehmenden Gemeinden sowie dem gKU getragen.

Die anfallenden Kosten für die Bestandsaufnahme über die bestehende IT werden jeweils von der teilnehmenden Gemeinde, Stadt sowie dem gKU getragen.

6. Weiteres Vorgehen

- Gründung eines Projektteams: Vertreter der IT-Abteilungen und Geschäftsleitungen
- Beauftragung einer Rechtsanwaltskanzlei zur Begleitung der Gründung eines Unternehmens

GRin Härtl weist darauf hin, dass es für die Gründung von interkommunalen KU's ggf. Fördermöglichkeiten gibt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, mit Landkreismunicipalitäten/Stadt Sarnberg ein Konzept zur Gründung eines Unternehmens zu erstellen, welches folgenden Gegenstand hat:

Erbringung von Leistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien für kommunale Körperschaften sowie für von kommunalen Körperschaften getragene

rechtlich selbstständige und rechtlich unselbstständige (Tochter-)Einrichtungen, vornehmlich IT-Dienstleistungen und EDV-Betreuungen

2. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die für die Konzepterstellung erforderlichen Beratungsleistungen zu vergeben.

Anwesend:	12
Für den Beschluss:	12
Gegen den Beschluss:	0

TOP 7 9. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich "Alte Traubinger Straße Süd, Garatshausen"; Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und ggf. Feststellungsbeschluss

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wurden mit Schreiben vom 25.11.2021 mit Frist zum 07.01.2022 insgesamt 30 Träger öffentlicher Belange angeschrieben. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB wurde den Bürgern in der Zeit vom 30.11.2021 bis zum 07.01.2022 Gelegenheit zur Äußerung gegeben.

10 Träger haben sich bisher nicht geäußert, diese sind:

- (1) Landratsamt Starnberg, Untere Verkehrsbehörde
- (2) Landratsamt Starnberg, Untere Denkmalschutzbehörde
- (3) Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- (4) Bayernwerk AG
- (5) Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- (6) Deutsche Telekom
- (7) Freiwillige Feuerwehr Feldafing
- (8) GFW Starnberg
- (9) Vermessungsamt Starnberg
- (10) Vodafone Kabel

12 Träger hatten keinerlei Anregungen oder Bedenken, diese sind:

- (1) Abwasserverband Starnberger See
- (2) Landratsamt Starnberg, Untere Naturschutzbehörde
- (3) Staatliches Bauamt Weilheim
- (4) Regierung von Oberbayern
- (5) Regionaler Planungsverband München
- (6) Gemeinde Pöcking
- (7) Gemeinde Tutzing
- (8) Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle München
- (9) Polizeiinspektion Starnberg
- (10) Awista KU
- (11) Energienetze Bayern (ESB)
- (12) Telefonica O 2

Von 8 Trägern wurden Bedenken oder Anregungen vorgebracht, diese sind:

- (1) Landratsamt Starnberg, Kreisbauamt
- (2) Landratsamt Starnberg, Technischer Immissionsschutz
- (3) Landratsamt Starnberg, Fachbereich Umweltschutz
- (4) Wasserwirtschaftsamt Weilheim
- (5) Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Weilheim
- (6) DB AG; DB Immobilien, München
- (7) Kreisbrandinspektion Starnberg
- (8) Wasserversorgung gKU

Die folgenden Träger öffentlicher Belange äußerten Anregungen und Bedenken:

1. Landratsamt Starnberg -Kreisbauamt-, Schreiben v. 15.12.2021

	<p>Es werden zu dieser Auslegung keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorgebracht, die über die im Verfahren bereits geäußerten Aspekte in unserem Schreiben vom 16.09.2021 hinausgehen.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass entsprechend dem Schreiben der Unteren Wasserbehörde am Landratsamt Starnberg vom 01.09.2021 eine Klärung mit dem Wasserwirtschaftsamt bezüglich den Verboten aus der Wasserschutzgebietsverordnung herbeigeführt werden konnte und zudem die Versickerungsfähigkeit des Niederschlagswassers geklärt ist.</p>	<p>Siehe Stellungnahmen LRA Starnberg, Fachbereich Umweltschutz und WWA Weilheim !</p>
--	---	--

2. Landratsamt Starnberg -Technischer Immissionsschutz-, Schreiben vom 04.01.2022

	<p><u>Punkt 7 der Begründung:</u> Die letzten beiden Sätze („Der Immissionsgrenzwert der 16. BImSchV ...“) unter dem Punkt „Straßenverkehr“ gehören thematisch zum Punkt „Bahnlinie München-Mittenwald“. Wir bitten, dies zu korrigieren.</p> <p>Weiterhin wird der Gemeinde nahegelegt, die Konsequenz aus der Überschreitung des Immissionsgrenzwerts in der Nachtzeit darzustellen. Im Bebauungsplan sind aufgrund dieser Tatsache Maßnahmen hinsichtlich der Fenster von Schlaf- und Kinderzimmern (Festsetzung) sowie hinsichtlich der Schalldämmung gemäß DIN 4109 (Hinweis) umzusetzen (vgl. unsere Stellungnahme vom 30.08.2021).</p> <p>Ansonsten bestehen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine weiteren Bedenken und Anregungen.</p>	<p>Punkt „Bahnlinie München-Mittenwald“ wird entsprechend der Stellungnahme vom 30.08.2021 zum B-Plan Nr. 82 ergänzt:</p> <p>„Der Immissionsgrenzwert der 16. BImSchV (59 dB(A)) kann tags eingehalten werden. Nachts wird der Immissionsgrenzwert (49 dB(A)) auf der Westfassade des geplanten Wohngebäudes überschritten, ansonsten gerade eingehalten. Im Bebauungsplan sind aufgrund dieser Tatsache geeignete Festsetzungen zu treffen.“</p>
--	---	---

3. Landratsamt Starnberg, Fachbereich Umweltschutz, Schreiben vom 07.12.2021

	<p>Laut der Begründung zur 9. Änderung des</p>	
--	--	--

	<p>FNP im Bereich Fl.Nr. 1098/39, Gemarkung und Gemeinde Feldafing, in der geänderten Fassung vom 19.10.2021 stimmt das Wasserwirtschaftsamt Weilheim einer Versickerung des Niederschlagswassers innerhalb des Wasserschutzgebietes „Garatshauer Quelle“ sowohl aufgrund der Sickerfähigkeit als auch unter Berücksichtigung der Schutzfunktion des Wasserschutzgebietes zu.</p> <p>Unter diesen Voraussetzungen besteht von Seiten der Unteren Wasserbehörde am Landratsamt Starnberg Einverständnis mit der 9. Änderung des FNP.</p>	
	<p>Auf die weiterhin problematische Niederschlagswasserbeseitigung des gesamten Ortsteils Garatshausen weisen wir hin.</p>	

4. Wasserwirtschaftsamt Weilheim, Schreiben vom 22.12.2021

	<p>Die gegenständliche Flächennutzungsplanänderung betrifft vornehmlich das Flurstück Nr. 1098/39 und ist damit, bis auf Teilbereiche der Alten Traubinger Straße deckungsgleich mit dem Gebiet des Bebauungsplans Nr. 82 „Alte Traubinger Straße Süd, Garatshausen“. Zu diesem Bebauungsplan hatten wir uns bereits mit unserem Schreiben vom 17.08.2021 geäußert.</p> <p>Mit der gezielten Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser der Ziegeldachflächen über eine bewachsene Sickermulde besteht von unserer Seite auch innerhalb des Wasserschutzgebietes Einverständnis. Da hierdurch keine nachteilige Beeinträchtigung des Grundwassers besorgt werden muss, wurde auch eine ggf. erforderliche wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung bezüglich der Schutzgebietsverordnung von unserer Seite befürwortet. Mit dem Schreiben vom 07.12.2021 der Wasserrechtsbehörde an die Gemeinde wird dieser Einschätzung gefolgt. Diesbezüglich kann nach unserer Einschätzung auf Ebene des Bebauungsplans die Erschließung als gesichert angesehen werden. Einwendungen oder weitere Hinweise gegenüber der gegenständlichen Flächennutzungsplanänderung werden nicht vorgetragen.</p>	
--	---	--

5. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schreiben v. 16.12.2021

	Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 27.08.2021 mit dem Aktenzeichen AELF.WM-L2.2-4612-11-26-1-4, die weiterhin Gültigkeit hat.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im B-Plan Nr. 82 berücksichtigt.
--	---	---

6. Deutsche Bahn, Schreiben v. 05.01.2022

	Wir weisen darauf hin, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.) entstehen, die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
	<p>geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.</p> <p>Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen im öffentlichen Interesse zu gewähren.</p> <p><i>In der Begründung zur vorliegenden Flächennutzungsplanänderung ist angegeben, dass die Wasserversorgung künftig durch zwei neue Brunnen westlich der Bahn sichergestellt werden wird. Da weder die genaue Lage noch der genaue Abstand der Brunnen zur Bahnstrecke angegeben ist, kann unsererseits keine Beurteilung erfolgen, ob durch den Bau der Brunnen Belange der DB AG betroffen sind. Wir bitten daher um gesonderte Beteiligung im Genehmigungsverfahren zum Brunnenbau.</i></p> <p>Vorsorglich weisen in diesem Zusammenhang auch auf folgendes hin: Werden, bedingt durch die Ausweisung neuer Baugebiete und Bauanlagen, Kreuzungen von Bahnstrecken mit Wasser-, Gas- und Stromleitungen sowie Kanälen und Durchlässen usw. erforderlich, so sind hierfür entsprechende Kreuzungs- und Gestattungsanträge bei der Deutschen Bahn AG, DB Immobilien, Team Leitungskreuzungen, Barthstraße 12, 80339 München, einzureichen.</p>	<p>Der Neubau der beiden Brunnen erfolgt durch das gemeinsame Kommunalunternehmen (gKU) Wasserversorgung. Die Stellungnahme für diesen Bereich wird an das gKU zur weiteren Veranlassung weitergeleitet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

7. Kreisbrandinspektion Starnberg, Schreiben v. 12.12.2021

	<p>Nichtbeurteilbarkeit der vorliegenden Planunterlagen Der Abstand zwischen der Fußbodenoberkante der höchstgelegenen, für Aufenthaltszwecke genutzten Geschosse und der Geländeoberkante geht aus den uns vorliegenden Planunterlagen nicht hervor. Eine abschließende Beurteilung hinsichtlich der Sicherstellung des zweiten Flucht- und Rettungsweges kann daher nicht erfolgen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es handelt sich hier um die Auslegung des Flächennutzungsplanes. Zu den angefragten Höhen kann eine Stellungnahme im Rahmen des B-Plans Nr. 82 „Alte Traubinger Straße Süd, Garatshausen“ abgegeben werden.</p>
--	--	---

8. Wasserversorgung gKU, Schreiben v. 29.11.2021

	<p>Die Regelungen und Auflagen für den Bau im Wasserschutzgebiet müssen eingehalten werden.</p>	<p>Der Hinweis wird noch in die Begründung unter Punkt 6 Erschließung und Niederschlagswasserbeseitigung aufgenommen.</p>
--	---	---

Stand 03.03.2022
Karl

N. von der Recke / H.

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt den Entwurf der 9. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich „Alte Traubinger Straße Süd, Garatshausen“ einschließlich Begründung in der redaktionell ergänzten Fassung vom 15.03.2022 (= Tag der Sitzung) unter Einarbeitung der vorgenannten beschlussmäßigen Ergänzungen fest.

- Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigungsvorlage beim Landratsamt Starnberg gem. § 6 BauGB durchzuführen.
- Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die berührt-en Bürger sind von den Ergebnissen des Verfahrens nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB zu informieren.

Anwesend: 12

Für den Beschluss: 12

Gegen den Beschluss: 0

TOP 8 Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP)

Das Landesentwicklungsprogramm Bayern unterliegt derzeit einer Teilfortschreibung. Gemeinden und Städte können dazu bis zum 01.04.2022 eine Stellungnahme abgeben. Dazu wird auf die in der Anlagen eingestellte Erläuterung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München, sowie ein Anschreiben an die Gemeinden und eine Stellungnahme des Bayerischen Gemeindetags, jeweils vom 22.02.2022 verwiesen.

Für die Gemeinde Feldafing kann die unter Punkt 3.2 „Innenentwicklungen vor Außenentwicklung“ von großer Bedeutung sein.

Im Rahmen der Innenentwicklung vor Außenentwicklung (II. 3.2) müssen künftig zum Nachweis, dass Potentiale der Innenentwicklung nicht zur Verfügung stehen, Strategien für die Aktivierung der Innenentwicklungspotentiale entwickelt und umgesetzt werden und die Bemühungen erfolglos geblieben seien. Das ergibt sich aus der Begründung. Es ist nicht absehbar, welche Strategien zusätzlich zum bisher schon geforderten kommunalen Flächenmanagement gemeint sind. Der Regionalplan München stellt z. B. darauf ab, dass bei der Siedlungsentwicklung die Möglichkeiten der Innenentwicklung, d. h. Flächen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile und die im Flächennutzungsplan dargestellten Flächen, vorrangig zu nutzen sind. Eine darüber hinaus gehende Entwicklung ist nur zulässig, wenn auf diese Potentiale nicht zugegriffen werden kann (vgl. Regionalplan München, B II Z 4.1).

Flächen im Flächennutzungsplan sollten generell von weiteren Zwängen ausgenommen sein. Denn diese Flächen sind bereits nach einer Überprüfung vom Freistaat Bayern für die zukünftige Siedlungsentwicklung einer Gemeinde genehmigt worden.

Der Vorschlag des geänderten LEP-Ziels 3.2 sollte nicht in das LEP übernommen werden. Vielmehr sollte es bei der bisherigen Formulierung und der bisherigen Begründung bleiben. Es macht keinen Sinn, über die im Regionalplan München hinausgehende Regelung von Gemeinden einen erheblichen bürokratischen Aufwand zu fordern und ggf. jahrelange Rechtsstreitigkeiten mit den Eigentümern über Bauzwänge und Enteignungen zu führen. Die Formulierung im Regionalplan München ist auch deshalb sinnvoll, weil die Flächennutzungspläne ja bereits vom Staat nach einem aufwendigen planerischen Verfahren fachlich und rechtlich überprüft worden sind. Diesen Flächen im Flächennutzungsplan das Merkmal der Innenentwicklung abzusprechen, konterkariert Anstrengungen der Gemeinden, eine vernünftige Ortsentwicklung zu betreiben.

Darüber hinaus darf die Abgrenzung nicht parzellenscharf erfolgen, sondern es muss eine gewisse Flexibilität, die sich bei näherer Untersuchung im Rahmen eines Bebauungsplanes ergibt, gewährleistet sein.

Weiterhin stellt das Ziel nicht dar, wie bei der Umsetzung Innenentwicklung vor Außenentwicklung „bezahlbarer Wohnraum“ geschaffen werden soll. Im Ballungsraum München sind Grundstücke im Innenbereich mit weit über 1.000 €/qm bewertet – bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist bei diesen Bodenpreisen vollkommen ausgeschlossen.

Beschluss:

Die Stellungnahme des Bayerischen Gemeindetags wird vollinhaltlich (insbesondere in dem Punkt 3,2) unterstützt.

Anwesend: 12

Für den Beschluss: 12

Gegen den Beschluss: 0

TOP 9 Vorbereitende Untersuchung Sanierungsgebiet "Ortsmitte", Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Beteiligung der Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB; Billigung des Entwurfs für die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 139 Abs. 2 BauGB wurden mit Schreiben vom 07.12.2021 mit Frist zum 11.02.2022 insgesamt 33 Träger öffentlicher Belange angeschrieben.

16 Träger haben sich bisher nicht geäußert, diese sind:

- (1) Bayerische Schlösserverwaltung
- (2) Abwasserverband Starnberger See
- (3) Bund Naturschutz, Kreisgruppe Starnberg
- (4) Energienetze Bayern (ESB)
- (5) Deutsche Telekom
- (6) Deutsche Post AG
- (7) Freiwillige Feuerwehr Feldafing
- (8) Gemeinde Pöcking
- (9) Gemeinde Tutzing
- (10) GFW Starnberg
- (11) Landratsamt Starnberg -Untere Naturschutzbehörde-
- (12) Landratsamt Starnberg -Untere Denkmalschutzbehörde-
- (13) Landratsamt Starnberg – Untere Verkehrsbehörde-
- (14) Landratsamt Starnberg – Untere Immissionsschutzbehörde-
- (15) Vermessungsamt Starnberg
- (16) Vodafone Kabel Deutschland GmbH

6 Träger hatten keinerlei Anregungen oder Bedenken, diese sind:

- (1) Landratsamt Starnberg – Untere Wasserbehörde
- (2) Bayernwerk AG
- (3) Staatliches Bauamt Weilheim

- (4) Regionaler Planungsverband
- (5) Regierung von Oberbayern
- (6) Eisenbahn-Bundesamt

Von 12 Trägern wurden Bedenken oder Anregungen vorgebracht, diese sind:

- (1) Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- (2) Kreisbrandinspektion Starnberg
- (3) Polizeiinspektion Starnberg
- (4) Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Weilheim
- (5) Telefonica
- (6) Wasserversorgung gKU
- (7) Landratsamt Starnberg -Fachbereich Umweltschutz
- (8) DB Immobilien GmbH
- (9) DB Station & Service
- (10) Landratsamt Starnberg, Kreisbauamt
- (11) AWISTA Starnberg
- (12) Wasserwirtschaftsamt Weilheim

Folgende Träger öffentlicher Belange äußerten Anregungen, Hinweise und Bedenken:

1. Bayerisches Landesamt für Denkmalschutz, Schreiben von 10.12.2021

<p>Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange: Bezüglich der vorbereitenden Untersuchung für das Gebiet „Feldafing Ortsmitte“ zur Ausweisung eines Sanierungsgebietes wird von Seiten der Bau- und Kunstdenkmalpflege auf die aktuelle Denkmalliste Feldafings (Anhang) und die denkmalrechtlichen Vorschriften, insbesondere Art. 6 DSchG, hingewiesen.</p> <p><u>Bodendenkmalpflegerische Belange:</u> Im Bereich des Sanierungsgebietes liegen nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand folgende Bodendenkmäler und vermutete Bodendenkmäler:</p> <p>D-1-8033-0179 „Untertägige mittelalterliche und frühneuzeitliche Befunde im Bereich der Kath. Filialkirche St. Peter und Paul in Feldafing“.</p> <p>Der historische Ortskern von Feldafing Zudem befand sich im Planungsgebiet zwischen 1942 bis 1945 ein Außenlager des Konzentrationslagers Dachau. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstand dort ein Lager für jüdische Displaced Persons. (FlstNr. 218/7, 218/8, 218/33, 218/34).</p> <p>Des Weiteren gibt es Meldungen von Reihengräbern des Frühmittelalters. 1872 wurden am (damaligen) südlichen</p>	<p>Die genannte Denkmalliste ist bereits im Anhang der VU enthalten. Ebenso sind die im Untersuchungsgebiet vorhandenen Bau- und Bodendenkmäler im Kapitel 3.1.3 bereits in der Themenkarte „denkmalgeschützte Gebäude, Gärten und Parkanlagen“ aufgeführt.</p> <p>Die VU wird im Textteil um die Hinweise auf die besonderen Schutzbestimmungen (§ 5 Abs. 4–5 BauGB) ergänzt.</p>
---	---

Ortsausgang von Feldafing am Kreuzbichl Reihengräber mit Beigaben aufgedeckt. 1865 wurde 200 m nördlich des Kreuzbichls eine weitere Grabgruppe ergraben. 1873 wurden drei weitere Gräber geborgen. Bedauerlicherweise ist die Lage nur ungefähr bestimmbar (FlstNr. 59, 59/7, 62/3, 90, 92, 276)

Darüber hinaus gibt es Meldungen von Lesefunden (Keramikscherben), die in die Urnenfelder- und Hallstattzeit sowie das Mittelalters datieren. Sie stammen aus dem Aushub beim Neubau von Gebäuden (FlstNr. 294, 303/2)

Diese Denkmäler und Vermutungsflächen sind gem. Art. 1 BayDSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt aus Sicht des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege Priorität. Weitere Planungsschritte sollten diesen Aspekt bereits berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabweisbar notwendige Mindestmaß beschränken.

Es ist daher erforderlich, die genannten Bodendenkmäler und Vermutungsflächen nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in das Sanierungskonzept zu übernehmen, in der Begründung aufzuführen sowie auf die besonderen Schutzbestimmungen hinzuweisen (§ 5 Abs. 4–5 BauGB) und im zugehörigen Kartenmaterial ihre Lage und Ausdehnung zu kennzeichnen (PlanzV 90 14.3).

Zudem sind regelmäßig im Umfeld dieser Denkmäler weitere Bodendenkmäler zu vermuten. Weitere Planungen im Nähebereich bedürfen daher der Absprache mit den Denkmalbehörden.

Im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind, bedürfen Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis gemäß Art. 7 Abs. 1 BayDSchG

**Dies betrifft folgende Flurstücknummern:
18, 18/1, 20, 20/1, 24, 26, 31, 33, 37, 40, 50,
50/2, 50/3, 50/5, 52/5, 54, 59, 59/1, 59/7,
62/3, 63, 64, 65, 65/3, 66, 66/4, 66/5, 66/6,
66/7, 66/8, 66/9, 69, 70, 72, 73, 75, 76, 78,
79, 79/3, 79/5, 80, 83/1, 83/2, 83/3, 84, 84/1,
90, 91, 92, 92/2, 93, 95, 95/1, 96, 97, 98,
99/3, 99/4, 100, 101, 102, 103, 104, 105,**

	<p>105/1, 107, 107/1, 107/2, 107/3, 107/4, 110, 112, 115, 119/2, 124, 218/7, 218/8, 218/33, 218/34, 276, 294, 303/2, 364.</p> <p>Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege stimmt der Planung nur unter diesen Voraussetzungen zu.</p>	
--	--	--

2. Kreisbrandinspektion Starnberg, Schreiben vom 15.12.2021

	<p>Gemäß §§ 3 und 4 BauGB haben Sie uns den o. a. Bebauungsplan zur Stellungnahme vorgelegt. Diese lautet wie folgt:</p> <p>1. Löschwasserversorgung</p> <p>1.1 Allgemeine Hinweise zur Löschwasserversorgung außerhalb der Stellungnahme</p> <ul style="list-style-type: none"> - Als Grundschutz bezeichnet man den Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- und Personenrisiko. Der Löschwasserbedarf ist für den Löschbereich in Abhängigkeit von der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung nach dem DVGW-Arbeitsblatt W405 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ für eine Löszeit von 2 Stunden zu ermitteln. Der Löschbereich erfasst sämtliche Löschwasserentnahmemöglichkeiten in einem Umkreis von 300m um das Brandobjekt. (Rechtsgrundlagen: DVGW-Arbeitsblatt W405, Art.12 BayBo2008) - Als Objektschutz bezeichnet man den über den Grundschutz hinausgehenden objektbezogenen Brandschutz für Objekte mit erhöhtem Brandrisiko oder Personenrisiko. Hierbei werden ebenfalls Einzelobjekte wie z. B. Aussiedlerhöfe, Raststätten etc. mitberücksichtigt. 	<p>Die Hinweise zur Bauleitplanung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	--	--

<p>- Sofern das Trinkwasserrohrnetz zur Deckung des vollen Löschwasserbedarfs (Grundschutz + Objektschutz) nicht ausreichend ist und keine unerschöpflichen Wasserquellen zur Verfügung stehen, ergeben sich für die zuständige Gemeinde / Stadt (Grundschutz) und für den Objekteigentümer (Objektschutz) folgende Deckungsmöglichkeiten.</p> <ul style="list-style-type: none"> o Entnahme von Löschwasser aus Löschwasserteichen (DIN 14210) o Entnahme von Löschwasser aus Löschwasserbehältern (DIN 14230) o Entnahme von Löschwasser aus Löschwasserbrunnen (DIN14220/14244) <p>- Die unerschöpflichen Wasserentnahmestellen müssen zu jeder Jahreszeit die Förderung des benötigten Löschwassers gewährleisten. Des Weiteren werden an die Entnahmestellen besondere Anforderungen (Zugänglichkeit, Aufstellflächen, Entnahmeeinrichtungen etc.) gestellt (DIN 14210/14244).</p> <p><u>2. Erschließung</u> 2.1 Allgemeine Hinweise zur Erschließung außerhalb der Stellungnahme</p> <p>- Gemäß RASt 2006 („Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen“) sind am Ende von Stichstraßen Wendeanlagen vorzusehen. Diese Wendeanlagen können als Wendehammer, Wendeschleife oder Wendekreis gem. den 7 Richtzeichnungen der RASt 2006 ausgebildet werden.</p> <p>- Diese Anlagen ermöglichen das sichere Wenden von Großfahrzeugen der Feuerwehr sowie des Rettungsdienstes. Ein Zurücksetzen entlang einer Stichstraße ist besonders bei widrigen Witterungsverhältnissen (Dunkelheit, Regen) für Nichtberufskraftfahrer unter der Stresssituation eines Einsatzes mit einem erhöhten Unfallrisiko verbunden.</p> <p>- Als Fahrzeug zur Überprüfung der Befahrbarkeit („Bemessungsfahrzeug“) ist das zweiachsige Müllfahrzeug zu verwenden.</p> <p>- Bei Neubaugebiete empfehlen wir Wendeanlagen gemäß den Richtzeichnungen der RASt 06, die das Wenden in einem Zug ermöglichen.</p> <p>- Bei beengten Platzverhältnissen – z. B. Bei Baumaßnahmen im Bestand – ist es aus</p>	<p>Die Hinweise zur Bauleitplanung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
---	--

	<p>unserer Sicht vertretbar, eine Wendeanlage einzurichten, die das Wenden eines Großfahrzeuges der Feuerwehr in drei Zügen ermöglicht. Wir empfehlen, die Befahrbarkeit dieser nicht richtlinienkonformen Wendeanlage anhand einer dynamischen Schleppkurvenanalyse überprüfen zu lassen. Als Bemessungsfahrzeug ist wiederum das zweiachsige Müllfahrzeug heranzuziehen.</p> <p>- Die Befahrbarkeit der Wendeanlage ist seitens des Straßenbaulastträgers jederzeit sicherzustellen.</p> <p>- Eine Feuerwehruzufahrt ist eine ständig frei und zugänglich zu haltende Zufahrt für Fahrzeuge von Feuerwehr und Rettungsdienst. Liegen Gebäude bzw. Gebäudeteile mehr als 50 m von einer öffentlichen für Großfahrzeuge der Feuerwehr befahrbaren Verkehrsfläche entfernt, ist eine Feuerwehruzufahrt einzurichten (Rechtsgrundlage BayBo2008). Das Tragen schwerer Ausrüstungsgegenstände oder das Verlegen von Schlauchleitungen über längere Strecken würde sonst notwendige Rettungs- und Löschmaßnahmen unnötig verzögern. Des Weiteren verbinden Feuerwehruzufahrten Drehleitaraufstellflächen mit öffentlichen Verkehrsflächen.</p>	
	<p>3. <u>Zweiter Flucht- und Rettungsweg</u></p> <p>3.1 Allgemeine Hinweise außerhalb der Stellungnahme</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nach Art. 31 Abs. 2 BayBO 2008 muss der erste Rettungsweg von Nutzungseinheiten, die nicht zu ebener Erde liegen, über mindestens eine notwendige Treppe führen. Der zweite Rettungsweg kann nach Art. 31 Abs. 2 eine weitere Treppe oder eine mit Rettungsgeräten der Feuerwehr (vierteilige Steckleiter, Hubrettungsgerät) erreichbaren Stelle, wenn die Feuerwehr über die erforderlichen Rettungsgeräte verfügt. • Die kleinste taktische Einheit der Feuerwehr kann eine Menschenrettung mit einer vierteiligen Steckleiter selbstständig durchführen. Bei einer Gesamtlänge von 8,40m kann über dieses „Grundrettungsmittel“ eine Rettung von Personen aus einer Höhe von max. 8,10m (Anstellwinkel 68 – 75 Grad) unter Umgehung der UVV Feuerwehr ermöglicht werden. Dies entspricht i. d. R. Einem 	<p>Die Hinweise zur Bauleitplanung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>

	<p>dreigeschossigen Gebäude (E+2; Oberkante Fußboden 7,00m + max. 1,10m Brüstungshöhe).</p> <ul style="list-style-type: none">• Dreiteilige Schiebeleitern mit einer Gesamtlänge von 14m können auf Grund des hohen Gewichtes, dem großen Personaleinsatz, den Risiken einer Personenrettung mit tragbaren Leitern aus Höhen von bis zu 12m sowie der geringen Bearbeitung unsererseits grundsätzlich nicht als Rettungsmittel angesehen werden.• Als Hubrettungsfahrzeug kommt i. d. R. Eine Drehleiter mit Korb (DLK 23-12) mit einer Rettungshöhe von mindestens 23m (Oberkante Fußboden 22m + 1,10m Brüstungshöhe) bei einem maximalen Gebäudeabstand von 12m.• Ortsfeste Notleitern ersetzen grundsätzlich nicht das Rettungsgerät der Feuerwehr, können aber im Einzelfall, z. B. bei einer Nutzungsänderung im Bestand und unter Berücksichtigung des darauf angewiesene Personenkreises, an Stellen, die mit Rettungsgeräten nicht direkt erreichbar sind, in einer Abweichungsentscheidung als zweiter Rettungsweg akzeptiert werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass sie entsprechend den Bestimmungen der DIN14090 sicher benutzbar sind. • So genannte „Rettungsschläuche“ ersetzen keinen bauaufsichtlich geforderten Rettungsweg. Aus bauaufsichtlicher Sicht setzt ein Rettungsweg grundsätzlich die Selbst- und Fremdreitungsmöglichkeit voraus.• Bei einem zweigeschossigen Kindergarten mit Gruppenräumen im Obergeschoss ist im geeigneten Fall eine verkehrssichere Rettungsruutsche als zweiter baulicher Rettungsweg vertretbar. Hierüber entscheiden im Einzelfall der Kreisbrandrat des Landkreises Starnberg sowie das Kreisbauamt.• Bei Gebäuden können die dort i. d. r. Zu erwartenden Personenzahlen noch mit Rettungsgeräten der Feuerwehr gerettet werden, sofern ausreichende Anletermöglichkeiten vorhanden sind. Die Gebäude werden nach Höhe bzw. Anzahl und Fläche der Nutzungseinheiten in Gebäudeklassen unterteilt. Die Höhe - im Sinne der Gebäudeklassen – bezeichnet das Maß der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum möglich ist, über der	
--	---	--

	<p>Geländeoberkante im Mittel. Die genaue Definition des Begriffes „Gebäude“ ist Art. 2 Abs. 2 der BayBO 2008, die Definition des Begriffes „Aufenthaltsraum“ ist Art. 2 Abs. 5 der BayBO 2008 zu entnehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei Sonderbauten – Begriffsdefinition siehe Art. 2 Abs. 4 BayBO 2008 – handelt es sich um Anlagen und Räume besonderer Nutzung wie z. B. Versammlungsstätten, Schulen und Krankenhäuser. Die in den nicht ebenerdigen Geschossen dieser Bauten zu erwartenden Personenzahlen können i. d. R. Nicht mehr mit Rettungsgeräten der Feuerwehr gerettet werden. Hierüber entscheiden im Einzelfall der Kreisbrandrat des Landkreises Starnberg sowie das Kreisbauamt. 	
--	---	--

3. Polizeiinspektion Starnberg mit Schreiben vom 17.11.2021

	<p>Unter Punkt 3.5.3 erklären Sie, dass das Verkehrskonzept darauf abzielt, die Ortsmitte vom Verkehr zu entlasten und den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und Konkurrenzen zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmenden zu mindern. So nachvollziehbar und begrüßenswert dieses Ziel ist, dürfen jedoch die grundsätzlichen rechtlichen Vorgaben nicht außer Acht gelassen werden. Auch wenn der überwiegende Teil der vorgesehenen Maßnahmen aus aktueller Sicht problemlos sein dürfte, lassen Sie mich auf einzelne der im Anhang vorgestellten Maßnahmen kurz eingehen.</p> <p>Maßnahme V-1 Ist die Neugestaltung der Bahnhofstraße und der angrenzenden Bereiche. Hier bietet sich eine Umgestaltung geradezu an, um die räumliche und optische Enge der Straße aufzulösen. Die von Ihnen an mehreren Stellen des Konzepts genannte „gleichberechtigte Mischnutzung durch alle Verkehrsteilnehmer“ ist schon <u>aus rechtlichen Gründen nicht möglich</u>. Der in solchen Planungen oftmals verwendete Begriff „shared space“ ist so im deutschen Verkehrsrecht nicht vorgesehen. Um die Möglichkeit zu schaffen, Straßen derart auszugestalten, dass tatsächlich alle Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt sind, wäre eine Vielzahl von Anpassungen im Bundesrecht erforderlich. Im Rahmen der bestehenden Vorschriften wäre eine bauliche Umgestaltung zu einem verkehrsberuhigten Bereich denkbar, wenn die Aufenthaltsfunktion der Verkehrsfläche im</p>	<p>Gemäß der StVO §45 Abs. 1d und 11h besteht die Möglichkeit, für kleinere und mittlere Städte in zentralen Bereichen mit hohem Fußgängeraufkommen und überwiegender Aufenthaltsfunktion auch Geschwindigkeiten von weniger als 30 km/h anzuordnen. Dies geschieht unter Beibehaltung der Trennung von Verkehrsarten mit einfacher Abgrenzung voneinander. Parken ist dabei nur in den ausgewiesenen Flächen erlaubt. Hier ist abzuwägen, ob der Straßenraum Bahnhofstraße und Kirchplatz diese beschriebenen verkehrlichen Funktionen erfüllen.</p> <p>Eine alternative Ausbildung der Bahnhofstraße / Kirchplatz als reine verkehrsberuhigte Zone (VZ 325/326) und Mischverkehrsfläche ist aufgrund der Verkehrsbelastung von ca. 250 bis 300 Kfz/h im Querschnitt gemäß der Rast06</p>
--	---	--

	<p>Vordergrund steht. Die Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich ist jedoch auch nur dann zulässig, wenn der Fahrzeugverkehr äußerst gering ist. Tutzingener und Possenhofener Straße in einen solchen Bereich zu integrieren, dürfte auch in Zukunft nicht möglich sein, da diese Verbindung eindeutig Durchgangsverkehr aufweist und eine mögliche Aufenthaltsfunktion nicht erreicht werden kann. Die Klassifizierung als Staats-, Kreis- oder Ortsstraße ist hierbei unerheblich. Hier ist auf das tatsächliche Verkehrsaufkommen abzustellen.</p> <p>Bei den Maßnahmen 0-2 und 0-13 ist geplant, die verschiedenen Nutzungsanforderungen zusammenzuführen, indem ein „verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ ausgewiesen wird. Damit zielt man darauf ab, „einen erlebbaren Platz- und Straßenraum zu schaffen, in dem alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind“. <u>Diese Aussage widerspricht deutlich den verkehrsrechtlichen Vorschriften.</u> Der verkehrsberuhigte Geschäftsbereich ist ein Bereich, in dem „Tempo 20“ angeordnet ist. Auch wenn - soweit ist Ihnen zuzustimmen - die trennende Wirkung der Straße aufgehoben wird, weil die Bereiche optisch enger miteinander verbunden sind, so sind auf keinen Fall „alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt“. Aber auch wenn keine Gleichberechtigung herrscht, so wird - wie Sie richtig anführen – das Überqueren der Straße leichter, wenn die Fahrzeuge nur noch 20 km/h fahren dürfen. Wie bereits angeführt, ist die Einbeziehung von Tutzingener und Possenhofener Straße in einen solchen Bereich auch nach einer eventuellen Abstufung der Staatsstraße nach derzeitigem Rechtsstand</p>	<p>nicht zu empfehlen bzw. gemäß der StVO nicht möglich. Gemäß der Rast06 liegen die Anwendungsgrenzen bei maximal ca. 150 Kfz/h.</p> <p>Bei Anordnung von Tempo-30 ist eine bauliche Trennung zwischen Fahr- und Gehbereich vorzusehen. Dies könnte in der Bahnhofstraße angewendet werden. Um den Kirchplatz könnte ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich entstehen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt</p> <p>Gemäß der StVO §45 Abs. 1d und 11h besteht die Möglichkeit, für kleinere und mittlere Städte in zentralen Bereichen mit hohem Fußgängeraufkommen und überwiegender Aufenthaltsfunktion auch Geschwindigkeiten von weniger als 30 km/h anzuordnen. Dies geschieht unter Beibehaltung der Trennung von Verkehrsarten mit einfacher Abgrenzung voneinander. Parken ist dabei nur in den ausgewiesenen Flächen erlaubt. Hier ist abzuwägen, ob der Straßenraum Kirchplatz sowie die Tutzingener und Possenhofener Straße diese beschriebenen verkehrlichen Funktionen erfüllen..</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt</p>
--	---	--

	<p>nicht zulässig, da es hier alleine schon an der überwiegenden Aufenthaltsfunktion fehlt.</p> <p>Maßnahme 0-12 sieht die Ausweisung einer Tempo-30-Zone für die Straßen der Ortsmitte mit Ausnahme der Staatsstraße 2063 vor. Dieses Thema wurde in der jüngeren Vergangenheit bereits besprochen und intensiv beurteilt. Das in einer Vielzahl von</p>	<p>Grundsätzlich ist die Einrichtung von Tempo 30 bei Schulen, Kindergärten, Altenheimen und Nutzungen mit besonderem Schutzbedürfnis möglich.</p>
--	--	--

<p>Straßen angeordnete „Tempo 40“ ist aus hiesiger Sicht <u>ohne ausreichende rechtliche Begründung</u> und dürfte einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung genauso wenig Stand halten wie mehrere streckenbezogene Tempolimits auf 30 km/h im Gemeindegebiet. <u>Aus diesem Grund haben wir uns schon im Jahr 2019 dafür ausgesprochen, in geeigneten Bereichen Tempo-30-Zonen einzurichten, um Rechtssicherheit herzustellen.</u> Dies wurde jedoch nur in Teilen umgesetzt. Für die Reduzierung auf 30 km/h „in der gesamten Ortsmitte“ fehlt nach den aktuellen Rechtsvorschriften die notwendige Grundlage, selbst wenn die Staatsstraße ausgenommen wird. Auch in der Ortsmitte gibt es „Straßen des überörtlichen Verkehrs“, wie z.B. die Wielinger Straße, Traubinger Straße und Pöckinger Straße. Diese Straßen sind zwar als Ortsstraßen klassifiziert, haben aber doch die tatsächliche Funktion, den Verkehr aus der Ortsmitte Feldafing in angrenzende Orte zu führen bzw. umgekehrt. Damit gelten auch sie als „Straßen des überörtlichen Verkehrs“. Auf solche Straßen darf sich eine Tempo-30-Zone nicht erstrecken.</p> <p>Die Ausweisung von Parkflächen (Maßnahme V-14) sehen auch wir als gutes Mittel an, das Ortszentrum vom Verkehr zu entlasten.</p> <p>Es ist richtig, dass die Staatsstraße 2063 derzeit eine gewisse Trennlinie darstellt (Maßnahme O-15). Nicht zu bestreiten ist die Tatsache, dass eine Niveaueinpassung von Fahrbahn und Gehweg einen gewissen geschwindigkeitsreduzierenden Effekt haben kann. Damit wird in der Tat deutlicher, dass man sich in einem Ortsgebiet befindet. Das Niveau des Gehwegs an die Fahrbahn anzupassen hat jedoch den Nachteil, dass dann <u>kein Gehweg im eigentlichen Sinne</u> mehr besteht. Ein Gehweg ist ein „von der Fahrbahn in der Regel durch einen Bordstein abgegrenzten, deutlich durch Pflasterung, Plattenbelag oder aufsonstige Weise erkennbaren, für Fußgänger eingerichteten und bestimmten Teil der Straße (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.02.1996- DAR S. 244).“</p> <p><u>Die Grenze zur Fahrbahn bildet damit grundsätzlich die Bordsteinkante</u>“. Wird eine Straßenfläche niveaugleich ausgebaut, auf eine Seite oder auf beiden Seiten jedoch ein Streifen durch andersartige oder andersfarbige Oberflächengestaltung, ggf. unterstützt durch Muldenrinnen, angelegt, so</p>	<p>Ansonsten besteht die Hoffnung, dass die geplante Gesetzgebung die Einrichtung von Tempo-30 erleichtern wird.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p> <p>Das ist dem Grunde nach richtig. In solchen Fällen erfolgt daher auch eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 20 km/h oder weniger. Alternativ könnte ein Bordstein mit niedriger Höhe wie z.B. 3 cm ausgebildet werden.</p> <p>Die Erläuterung der Maßnahme wird diesbezüglich entsprechend ergänzt.</p>
--	--

<p>sind diese Streifen straßenverkehrsrechtlich gesehen keine Gehwege, sondern Seitenstreifen. Dies wiederum hat zur Folge, dass Fahrzeuge zum Parken dort abgestellt werden müssen. Bei einem Umbau wäre dieser Aspekt dringend zu beachten. Äußerst positiv sehen wir das Vorhaben, die Lücke im Radwegenetz zu schließen</p> <p>Eine letzte Unschärfe ist bei Maßnahme 0-20 (Ausweisung der Thurn-und-Taxis-Straße als Fahrradstraße) aufgefallen. Eine Fahrradstraße darf dann angeordnet werden, „wenn der Radverkehr die <u>vorherrschende Verkehrsart</u> ist oder dies alsbald zu erwarten ist.“⁵ Hieran fehlt es bei der Thurn-und-Taxis-Straße. Diese hat die Funktion einer Sammelstraße, um den Verkehr zu den Wohngebieten zu führen. Aufgrund der Vielzahl der Anwohner, die diese Straße nutzen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Radverkehr die „vorherrschende“ Verkehrsart wird. Hierzu wäre erforderlich, dass <u>mehr als die Hälfte</u> des Fahrzeugverkehrs aus Radfahrern besteht. Nicht richtig ist die Aussage, dass in einer Fahrradstraße motorisierter Individualverkehr erlaubt ist, wenn auch nur untergeordnet. Anderer Fahrzeugverkehr als der Radverkehr darf <u>nur ausnahmsweise</u> zugelassen werden. Insofern sind die Belange des Kraftfahrzeugverkehrs hinreichend zu berücksichtigen. Sofern dem motorisierten Verkehr keine Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ist die Anordnung der Fahrradstraße <u>unzulässig</u>.</p> <p>Wir bitten Sie, die genannten Punkte in den weiteren Planungen zu berücksichtigen, um zu verhindern, dass möglicherweise durchaus sinnvolle Neugestaltungen später an rechtlichen Hürden scheitern oder gar rechtswidrige Anordnungen rückgängig gemacht werden müssten und so das grundsätzlich gute Gesamtkonzept hierunter leidet.</p>	<p>Mit der Umnutzung der Fläche der Fernmeldeschule ist ein erhebliches Aufkommen im Radverkehr zwischen der Ortsmitte Feldafing und Fernmeldefläche zu erwarten. Hierfür ist im Gesamtkonzept die Thurn- und Taxis-Straße als innerörtliche Verbindung für den Radfahrer am besten geeignet. D.h. das Thema Fahrradstraße wird nach Realisierung bzw. Umnutzung der Fernmeldeschule aktuell werden.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Erstellung der VU Ortsmitte wurde davon ausgegangen, dass das Gelände der Fernmeldeschule von der Gemeinde gekauft und entwickelt wird. Unter dieser Bedingung ist die Anbindung der Fernmeldeschule von Bedeutung, wodurch Radverkehr entstehen würde.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	---

4. Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten mit Schreiben vom 20.01.2022

<p><u>Aus dem Bereich Landwirtschaft:</u></p> <p>Die Planungen dürfen bestehende landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Entwicklung nicht beeinträchtigen. Darüber hinaus darf die Bewirtschaftung der angrenzenden Flächen nicht beeinträchtigt werden. Ortsübliche landwirtschaftliche</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Karten und Abbildungen in der VU behandeln verschiedene Themen, deshalb unterscheidet sich die Darstellung einzelner Aspekte, wie Grünflächen, im Detaillierungsgrad.</p>
---	---

	<p>Emissionen sind in jedem Fall zu dulden.</p> <p>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass bei allen Vorhaben der Verbrauch an landwirtschaftlichen Flächen auf ein Minimum zu reduzieren ist.</p> <p><u>Aus dem Bereich Forsten:</u> Innerhalb des vorgesehenen Sanierungsgebietes „Feldafing Ortsmitte“ befinden sich zahlreiche Teilbereiche mit Bäumen, Gehölzen oder Waldflächen. Diese werden in den verschiedenen Abbildungen oder Karten der Planungsunterlage teilweise wechselnd als Wald/Bäume, Gehölzstruktur, Baumreihe oder Grünfläche bezeichnet. Waldflächen im Sinn des Art. 2 des Waldgesetzes für Bayern sind nur im Norden im Bereich des Starzenbachs und im Südwesten, südlich des Rathauses betroffen.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass die geplanten Sanierungsmaßnahmen keine Auswirkungen auf diese Waldflächen haben. Vorbehaltlich dessen bestehen aus forstlicher Sicht keine Einwände gegen die Planung.</p>	<p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	---	---

5. Telefonica mit Schreiben vom 02.02.2022

	<p>... Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der Richtfunktrasse in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird....</p>	<p>Die Hinweise zur Bauleitplanung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	---	--

6. Wasserversorgung Feldafing Pöcking gKU mit Schreiben vom 04.02.2022

	<p>Generell ist jedoch zu bedenken bzw. zu berücksichtigen, dass die aktuelle vorhandene Wassermenge insbesondere im Frühjahr und Hochsommer nicht unerschöpflich ist. Somit sollte sich bei geplanten Bauvorhaben oder Gewerben mit besonders intensiven Wasserverbräuchen dazu Gedanken gemacht werden und dies vorab mit der Wasserversorgungsbesprochen werden.</p>	<p>Die Hinweise zur Bauleitplanung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	---	--

7. Landratsamt Starnberg – Fachbereich Umweltschutz- mit Schreiben vom 08.02.2022

	<p>Die Ortsmitte Feldafings ist überwiegend</p>	<p>Die Hinweise zur Bauleitplanung werden</p>
--	---	---

<p>1</p>	<p>durch Mischnutzung (Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie, kulturelle und soziale Einrichtungen) geprägt. Die durchaus erwünschte belebende Mischung kann sich aus immissionsschutzfachlicher Sicht problematisch darstellen, da Ruhe- und Nutzungsbedürfnisse häufig konträr laufen (z.B. Gastronomie mit Parkverkehr und Freiflächenbewirtung neben Wohnen). Hier gilt das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme. Bereits bei der Planung sollte darauf geachtet werden, Flächen mit unterschiedlicher Nutzung sinnvoll zueinander anzuordnen (z.B. keine Parkplätze oder Freischankflächen direkt neben Wohnnutzung). Konkrete Maßnahmen wie z.B. zeitliche Beschränkungen der Freiflächenbewirtung bleiben i.d.R. dem Baugenehmigungsverfahren vorbehalten.</p>	<p>zur Kenntnis genommen. Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
<p>2</p>	<p>Hinsichtlich der konkret geplanten Verlegung von Bauhof und Feuerwehr gilt obiger Sachverhalt entsprechend. Insbesondere der Übungsbetrieb bei der Feuerwehr, der i.d.R. in den frühen Abendstunden, evtl. bis in die Nachtzeit (z.B. abfahrende Kfz) stattfindet, sowie auch Bauhoftätigkeiten in der Nachtzeit (z.B. Winterdienst), führen häufig zu Konflikten mit benachbarter Wohnbebauung. Diese Problematik ist bereits bei der Standortwahl zu beachten, da sich die maßgeblichen Lärmquellen (Fahrverkehr, Testläufe, etc.) im Freien befinden und hier Schallschutzmaßnahmen häufig nicht machbar sind. Die konkreten Emissionen sowie auch mögliche Schallschutzmaßnahmen (i.d.R. Gebäudeanordnung und -orientierung, evtl. Schallschutzwände/-wälle) sind über schalltechnische Untersuchungen zu ermitteln</p>	
<p>3</p>	<p>Die Gemeinde beabsichtigt, einen Ort zu schaffen, an dem sich insbesondere Jugendliche treffen können. Auch hierbei ist zu beachten, dass sich im Falle von benachbarter Wohnbebauung schnell Nutzungskonflikte ergeben können, da in Jugendtreffs i.d.R. auch Veranstaltungen stattfinden, die mit lauter Musik einhergehen. Zudem ist auch hier im Freibereich mit Emissionen (Jugendliche, Autos, Mofas, etc.) zu rechnen. Gleiches gilt für Anlagen im Freien, wie z.B. einen Skaterplatz. Eine Abschirmung dieser Emissionsquellen ist i.d.R. schwierig, so dass es umso mehr auf die Lage und sinnvolle Orientierung der Einrichtung</p>	

	ankommt.	
4	<p>Für die Sportanlage des Klaus Buchheim Stadions gelten die Immissionsrichtwerte der 18. BImSchV. Im Hinblick auf eine Sanierung des Stadions wird darauf hingewiesen, dass die Sportanlage bei wesentlichen Änderungen (z.B. hinzukommende Nutzungen) den sog. Altanlagenbonus gemäß § 5 Abs. 4 der 18. BImSchV verliert. Wird das Stadion in diesem Sinne saniert, ist eine Neubeurteilung der Immissionen an den maßgeblichen Immissionsorten (insbesondere Villa Maffei und nördlich gelegene Wohnbebauung) erforderlich. Dadurch könnten sich nachträglich Einschränkungen für das Stadion ergeben. Auch bei der Aufstellung eines Bebauungsplans kann in Abhängigkeit der konkreten Planung eine</p>	
5	<p>Sachverhaltsermittlung über eine schalltechnische Untersuchung erforderlich sein.</p>	
6	<p>Ein wesentliches Ziel der Gemeinde bei der Beseitigung der städtebaulichen Missstände, Mängel und Defizite ist die Sicherung gesunder Wohnverhältnisse (S. 132 des vorliegenden Berichts). In diesem Zusammenhang ist besonders auf die sinnvolle Anordnung einzelner Gebiete zueinander zu achten. Gemäß § 50 BImSchG sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete (dazu zählen auch Freizeit- und Naturschutzgebiete) so weit wie möglich vermieden werden.</p>	
	<p>Hinsichtlich des Lärms sind dabei zuerst einmal die Orientierungswerte der DIN 18005 „Schall-schutz im Städtebau“ maßgeblich. Darüber hinaus können für gewerblichen Lärm die Immissionsrichtwerte der TA Lärm, für den Lärm von Verkehrswegen (Bahnlinie, Staatsstraße und öffentliche Parkplätze) in Anlehnung die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV (gelten eigentlich nur für den Neubau- und die wesentliche Änderung von Verkehrswegen) herangezogen werden.</p> <p>Hinsichtlich der Luftreinhaltung ist im Einzelfall, d.h. bei der Planung von Schadstoffe emittierenden Vorhaben, die</p>	

7	<p>Einhaltung der Anforderungen der geltenden Regelwerke wie z.B. der TA Luft, der 1. BImSchV (kleine und mittlere Feuerungsanlagen) oder der 44. BImSchV (mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen) zu prüfen.</p> <p>Der unter Punkt 5 erläuterte Sachverhalt ist auch bei der Errichtung eines Sammelparkplatzes zu beachten. Bei der Standortsuche ist zu untersuchen, ob die maßgeblichen Immissionsrichtwerte an der umgebenden Wohnbebauung eingehalten werden können. Insbesondere im Bereich der Seestraße und des Buchheim-Stadions könnte aufgrund der Nähe der Wohnbebauung die Anordnung eines größeren Parkplatzes problematisch sein.</p> <p>Bei der Überplanung der Flächen entlang der relevanten Verkehrswege (Bahnlinie und Staatsstraße) ist auf entsprechenden Lärmschutz zu achten. Dies betrifft insbesondere die Gebiete der Alten Post, des Bauhofs und z.T. der ehemaligen Tennisplätze hinsichtlich der Bahnlinie und die straßennahen Bereiche des ehemaligen Benedictus-Krankenhauses. Vorrangig ist zu prüfen, ob aktive Lärmschutzmaßnahmen, wie z.B. Lärmschutzwälle/-wände oder eine geeignete Situierung der Baukörper möglich ist. Passive Schallschutzmaßnahmen (Dämmung der Gebäudeaußenhaut, Lüftungseinrichtungen, etc.) sind zu ergreifen, wenn aktive Maßnahmen aus anderen, z.B. städtebaulichen Gründen nicht möglich sind.</p>	
---	---	--

8. DB AG – DB Immobilien mit Schreiben vom 09.02.2022

	<p>Immobilienpezifische Belange Aus den eingereichten Unterlagen gehen keine Hinweise auf bestehende Vereinbarungen zu Gunsten der DB AG und der mit dieser nach § 15 AktG verbundenen Unternehmen (Dienstbarkeiten, schuldrechtliche Vereinbarungen etc.) hervor. Es wird darauf hingewiesen, dass sämtliche übernommenen Verpflichtungen und Verzichte zu Gunsten der Unternehmen des DB Konzerns –auch soweit sie nicht dinglich gesichert sind, vom Antragsteller und dessen Rechtsnachfolger vollumfänglich zu berücksichtigen sind. Veränderungen und</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens berücksichtigt. Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	--	---

<p>Maßnahmen an Dienstbarkeitsanlagen bzw. Bahnbetriebsanlagen dürfen nicht ohne Genehmigung des Dienstbarkeitsberechtigten bzw. des Anlagenverantwortlichen erfolgen.</p> <p>Wir bitten Sie, die Unterlagen daraufhin zu prüfen. Besteht ein entsprechender Sachverhalt, so sind die für die Beurteilung der zu entscheidenden Fragen erforderliche Angaben zu ergänzen und uns erneut zur Stellungnahme vorzulegen. Ergeben sich zu einem späteren Zeitpunkt Auswirkungen auf Eisenbahnbetriebsanlagen, behalten wir uns weitere Bedingungen und Auflagen vor.</p> <p>Bei vorübergehender Inanspruchnahme von bahneigenen Flächen durch Dritte ist vor Beginn der Baumaßnahme eine vertragliche Regelung erforderlich. Bahnflächen dürfen ohne vertragliche Regelung nicht in Anspruch genommen werden.</p> <p>Werden, bedingt durch die Ausweisung neuer Baugebiete (o.ä.), Kreuzungen von Bahnstrecken mit Kanälen, Wasserleitungen usw. erforderlich, so sind hierfür entsprechende Kreuzungs- bzw. Gestattungsanträge bei „DB AG, DB Immobilien, Region Süd, Barthstraße 12, 80339 München, zu stellen.</p> <p>Die Abstandsflächen gemäß Art. 6 BayBO sowie sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten.</p> <p>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Brandschutzabstände nach Maßgaben der BayBO aus bahntechnischen und sicherheitsrelevanten Gründen nicht übernommen werden.</p> <p>Infrastrukturelle Belange</p> <p>Es wird hiermit auf § 64 EBO hingewiesen, wonach es verboten ist, Bahnanlagen, Betriebseinrichtungen oder Fahrzeuge zu beschädigen oder zu verunreinigen, Schranken oder sonstige Sicherungseinrichtungen unerlaubt zu öffnen, Fahrhindernisse zu bereiten oder andere betriebsstörende oder betriebsgefährdende Handlungen vorzunehmen.</p> <p>Ein widerrechtliches Betreten und Befahren des Bahnbetriebsgeländes sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem Betrieb der Eisenbahn in seiner jeweiligen</p>	
---	--

	<p>Form seitens des Antragstellers, Bauherrn, Grundstückseigentümers oder sonstiger Nutzungsberechtigter ausgeschlossen sind. Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.). Ebenso sind Abwehrmaßnahmen nach § 1004 in Verbindung mit § 906 BGB sowie dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), die durch den Bahnbetrieb in seiner jeweiligen Form veranlasst werden könnten, ausgeschlossen Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete</p>	
--	---	--

	<p>Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen. Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn AG weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen im öffentlichen Interesse zu gewähren. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass planfestgestellte Betriebsanlagen der Eisenbahn in der Bauleitplanung nur nachrichtlich aufgenommen werden können. Eine Überplanung der planfestgestellten Betriebsanlagen der Eisenbahn ist in jedem Fall rechtswidrig. Die Planungshoheit für Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes liegt ausschließlich beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA); in jedem Fall ist damit die betreffende Fläche sowohl formell als auch materiell von den Festsetzungen eines gemeindlichen Bauleitplanes freigestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss. Eine Kabel- und Leitungsermittlung im Grenzbereich wurde seitens der DB Netz AG nicht durchgeführt. Sollte dies gewünscht werden, so ist rechtzeitig –ca. 6 Wochen vor Baubeginn- eine entsprechende Anfrage an die o.g. Adresse der DB Immobilien zu richten. Ggf. sind im Baubereich vor Baubeginn entsprechende Suchschlitze von</p>	
--	---	--

	<p>Hand auszuführen. Es wird darauf verwiesen, dass Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer grundsätzlich nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden dürfen. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden.</p>	
--	--	--

9. DB AG Stadion & Service AG mit Schreiben vom 28.01.2022

1	<p>Bisher bietet die Eisenbahnüberführung Traubinger Straße im näheren Bahnhofsbereich die einzige Möglichkeit, die S-Bahn-Station – wenn auch mit Umwegen – beiderseits der Bahn barrierefrei zu erreichen. Bei der Aufwertung der Straßenunterführung bzw. Herstellung einer Querungshilfe bitten wir daher dafür Sorge zu tragen, dass die Unterführung während der Baumaßnahmen weiter als Teil des barrierefreien Zugangs nutzbar bleibt.</p> <p>Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass planfestgestellte Betriebsanlagen der Eisenbahn in der Bauleitplanung nur nachrichtlich aufgenommen werden können. Eine Überplanung der planfestgestellten Betriebsanlagen der Eisenbahn ist in jedem Fall rechtswidrig. Die Planungshoheit für Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes liegt ausschließlich beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA); in jedem Fall ist damit die betreffende Fläche sowohl formell als auch materiell von den Festsetzungen eines gemeindlichen Bauleitplanes freigestellt.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens berücksichtigt. Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
---	--	---

10. LRA Starnberg – Kreisbauamt mit Schreiben vom 10.02.2022

1	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich das geplante Sanierungsgebiet mit seinem Geltungsbereich in einem wassersensiblen Bereich befindet.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
2	<p>Des Weiteren erfolgt ein Hinweis auf die nach § 142 Abs. 3 Satz 3 BauGB einzuhaltende Frist.</p>	

11. AWISTA mit Schreiben vom 11.02.2022

	<p>Obwohl die jeweiligen Verkehrssituationen voraussichtlich in detaillierteren Bbauungsplänen behandelt werden, wollen wir vorsorglich daraufhin weisen, dass zur Sicherung der Abfallentsorgung sämtliche geplanten Straßen für 3-achsige Abfallsammelfahrzeuge ausgelegt sein müssen. Die Bereitstellung der Behälter im Holsystem muss am nächsten befahrbaren</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. und im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens berücksichtigt Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
--	--	---

	öffentlichen Verkehrsraum erfolgen (vgl. § 15 Abs. 5 Abfallwirtschaftssatzung), privates Gelände darf nicht befahren werden.	
--	--	--

12. Wasserwirtschaftsamt Weilheim mit Schreiben vom 11.02.2022

1	<p><u>Rechtliche und fachliche Hinweise sowie Empfehlungen</u></p> <p>Die Belange des Hochwasserschutzes und der –vorsorge, insbesondere die Vermeidung und Verringerung von Hochwasserschäden, sind in der Bauleitplanung zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 6 Nr. 12, Abs. 7 BauGB). Das StMUV hat gemeinsam mit dem StMB eine Arbeitshilfe „Hochwasser- und Starkregenrisiken in der Bauleitplanung“ herausgegeben, wie die Kommunen dieser Verantwortung gerecht werden können und wie sie die Abwägung im Sinne des Risikogedankens und des Risikomanagements fehlerfrei ausüben können. Es wird empfohlen, eine Risikobeurteilung auf Grundlage dieser Arbeitshilfe durchzuführen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens berücksichtigt.</p> <p>Änderungen in der VU sind nicht erforderlich.</p>
2	<p><u>Oberirdisches Gewässer</u></p> <p>... Der Starzenbach wird im Gemeindegebiet von Tutzing an einem Funktionsbauwerk vom Deixelfurter Bach abgetrennt. Gerade die Manipulierbarkeit des Bauwerkes machte eine Aussage zur Hochwassergefahr des Starzenbachs schwer möglich. Wir raten daher zusammen mit der Gemeinde Tutzing zur Zusammenarbeit bei einem „Integralen Hochwasserschutz und Rückhaltekonzept“.</p>	<p>Die Hinweise zu den interkommunalen Projekten (z. B. Integrale Konzept zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement) werden im Textteil des Maßnahmenschwerpunkts Starzenbachtal ergänzt.</p>
3	<p><u>Überflutungen infolge von Starkregen</u></p> <p>... Infolge von Starkregenereignissen kann es auch fernab von Gewässern zu Überflutungen kommen. Hier bietet sich auch, nach Abstimmung mit dem WWA Weilheim ein „Integrale Konzept zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement“ durchzuführen.</p>	
4	<p><u>Gewässerentwicklungsmaßnahmen</u></p> <p>Gemäß Maßnahmenprogramm zur EG-WRRL sind strukturelle Maßnahmen am Gewässer vorzusehen, um den guten ökologischen Zustand zu erreichen. Für den Starzenbach würde dies bedeuten, dass man das Gewässer aus der Verrohrung befreit und wieder ökologisch durchgängig macht.</p>	
5	<p><u>Gewässerunterhalt</u></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und in den weiteren Planungen berücksichtigt.</p>

	Die Gewässerunterhaltung umfasst gemäß § 39 WHG die Pflege und Entwicklung eines Gewässers. Hierzu gehört auch die Erhaltung der Ufer, insbesondere durch Erhaltung und Neuanpflanzung einer standortgerechten Ufervegetation sowie die Freihaltung der Ufer für den Wasserabfluss und die Zugänglichkeit	
--	---	--

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt den Entwurf der vorbereitenden Untersuchung zur Ausweisung des Sanierungsgebiets „Ortsmitte“ vom 01.09.2021 unter der Voraussetzung, dass die zu berücksichtigten Anregungen / Hinweise eingearbeitet werden und das Kapitel 3.4 „Ziele der Sanierung der Ortsmitte“ um klimarelevante Ziele ergänzt wird.

Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Anwesend: 12
Für den Beschluss: 12
Gegen den Beschluss: 0

TOP 10 Bekanntgaben / Sonstiges

- GRin Schultheiß berichtet zum Stand bezüglich ukrainischer Flüchtlinge in Feldafing
- Bgm Sontheim gibt bekannt, dass sich der Verein "Freunde von Bouc Bel Air" am 09.03.2022 gegründet hat.

Gefertigt:

Peter Englaender

Genehmigt:

Bernhard Sontheim
1. Bürgermeister